

EXTREME ARMUT BEEENDEN JETZT

Z U K U N F T W A R T E T N I C H T

Wir müssen systemische Barrieren beseitigen,
Klimaschutzmaßnahmen ergreifen,
Mädchen und junge Frauen stärken sowie
Zivilgesellschaft schützen — JETZT.

**GLOBAL
CITIZEN**[®]



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
Vorwort: Seine Exzellenz Abdulla Shahid.....	5
Vorwort: Aya Chebbi	6
Einleitung.....	7
JETZT systemische Barrieren beseitigen	11
JETZT Klimaschutzmaßnahmen ergreifen.....	22
JETZT Mädchen und junge Frauen stärken.....	33
JETZT Zivilgesellschaft schützen	40
Fazit.....	44
Danksagungen	45
Referenzen	46

Zusammenfassung

In den letzten beiden Jahren wurde die Menschheit vor massive Herausforderungen gestellt. Der Bedarf jetzt zu handeln ist groß, die Armutsspirale dreht sich schneller und die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, die Global Goals für 2030, scheinen unerreichbarer als jemals zuvor. Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher, während die Welt immer tiefer in der Krise versinkt. Wir müssen JETZT Maßnahmen fordern und ergreifen, um extreme Armut zu beenden.

Global Citizen wird sich in diesem Jahr auf die kritischen Bereiche konzentrieren, bei denen wir überzeugt sind, dass sie die stärksten Veränderungen ermöglichen und rasch die größte Wirkung erzielen, um JETZT extreme Armut zu beenden. Wenn in diese Bereiche investiert wird, sind sie entscheidend um die Umsetzung der Global Goals deutlich zu beschleunigen.

JETZT systemische Barrieren beseitigen

Die COVID-19-Pandemie hat die Schwächen unserer Gesundheitssysteme stärker als jemals zuvor offenbart sowie die vorhandenen Ungleichheiten im Gesundheitswesen und in der globalen Finanzwirtschaft verdeutlicht und weiter verschärft. Bei der Verteilung von COVID-19-Impfstoffen kam es zu eklatanten Ungerechtigkeiten. Gleichzeitig nimmt die Kluft zwischen Arm und Reich immer mehr zu, während eine angemessene Entwicklungsfinanzierung für die ärmeren Länder weiterhin fehlt. Unser System hat die dringende Aufgabe, Gerechtigkeit für alle im Gesundheitswesen und in der Wirtschaft sicherzustellen. Dazu gehört eine gerechtere Verteilung der Mittel, die zur Finanzierung der Grundbedürfnisse und zur Überwindung der globalen Herausforderungen erforderlich sind. So kommen wir dem Ziel näher, die systemischen Barrieren zu beseitigen, die dafür sorgen, dass viele Menschen weiterhin in Armut leben müssen.

Im nun dritten Jahr der Pandemie zeigt sich eindeutig, dass die Ungleichheit bei Zugang und Produktion von COVID-19-Impfstoffen das Auftreten neuer Varianten begünstigt. So verlängert sich die Pandemie weitaus deutlicher, als es zu erwarten gewesen wäre. Daher setzen wir uns intensiv für die Finanzierung und Unterstützung beim Ausbau regionaler Produktionskapazitäten ein. Ziel für die Zukunft ist, dass pro Jahr 16 Milliarden Impfdosen zur Bekämpfung von Pandemien produziert werden können. Dazu befürworten wir die gemeinsame Nutzung der geistigen Eigentumsrechte und der für die Impfstoffproduktion notwendigen Technologien und des Know-hows. Außerdem rufen wir dazu auf, dass die seit vielen Jahren bestehenden Zusagen reicher Länder zur Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe erfüllt werden, eine Umverteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) im Wert von mindestens 100 Milliarden US-Dollar zugunsten der einkommensschwachen Länder erfolgt und Leitlinien festgesetzt werden, die eine gerechtere und effektivere globale Besteuerung ermöglichen.

JETZT Klimaschutzmaßnahmen ergreifen

Die Klimakrise aufzuhalten und dafür zu sorgen, dass jeder Mensch an jedem Ort vor ihren lebensbedrohlichen Folgen geschützt wird, ist von zentraler Bedeutung, wenn wir JETZT das gemeinsame Ziel erreichen wollen, extreme Armut zu beenden. In Armut lebende Menschen und die Bevölkerungsgruppen im Globalen Süden sind unverhältnismäßig stark von der Klimakrise betroffen. Ihnen mangelt es an Ressourcen, um die mit der Klimakrise verbundenen Herausforderungen zu bewältigen.

Die Klimakrise ruft bereits jetzt extreme Schäden auf unserem Planeten hervor und ohne das Ergreifen sofortiger Maßnahmen könnte die Klimakrise bis zum Jahr 2030 132 Millionen weitere Menschen in extreme Armut treiben. Die Klimaschutzmaßnahmen müssen auf die Unterstützung einkommensschwacher Länder fokussiert sein und reiche Länder müssen ihre Zusagen zur internationalen Klimafinanzierung in Höhe von insgesamt 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr einhalten, um gemeinsam zu ermöglichen, dass die Erderwärmung unterhalb der 1,5°C-Grenze gehalten wird. Darüber hinaus müssen die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit sowie die Sicherung des Lebensunterhalts priorisiert werden, indem signifikante Ressourcen für Klimaanpassungsmaßnahmen für ländliche Gemeinden sowie Kleinbäuer*innen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem müssen wir darauf hinarbeiten, dass die Natur in Partnerschaft mit den Gemeinden vor Ort und den benachteiligten Bevölkerungsgruppen geschützt und ihr ursprünglicher Zustand wiederhergestellt wird.

JETZT Mädchen und junge Frauen stärken

Fast jede Analyse besagt, dass es Frauen während der Pandemie schlechter ergangen ist als Männern. Ein größerer Teil von ihnen hat den Job verloren, ihr Zugang zu unterstützenden Leistungen wurde stärker eingeschränkt, und sie waren einer zunehmenden Gefährdung durch geschlechtsspezifische Gewalt ausgesetzt. Wir sind davon überzeugt, dass die Stärkung von Mädchen und jungen Frauen entscheidend ist, um die globale Armutsspirale zu durchbrechen. Die COVID-19-Pandemie ist und war nicht geschlechtsblind, weshalb wir extreme Armut aus geschlechtsspezifischer Perspektive bekämpfen müssen. Investitionen in die Zukunft von Mädchen und jungen Frauen sind sowohl eine moralisch richtige als auch eine aus wirtschaftlicher Sicht wichtige Möglichkeit, um extreme Armut zu bekämpfen.

Mädchen und junge Frauen müssen an erster Stelle stehen, wenn es um die wirtschaftliche Erholung von der Pandemie geht und Investitionen in Geschlechtergerechtigkeit müssen priorisiert werden. 400 Millionen US-Dollar werden jetzt benötigt, um die zentralen internationalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut von Mädchen und jungen Frauen zu finanzieren und diejenigen Millionen Mädchen und junge Frauen zu erreichen, bei denen ein akuter Bedarf für Hilfe und Unterstützung besteht. Dazu gehört auch, finanzielle Verpflichtungen einzuhalten – etwa Mittel für den Zugang zu Bildung von Mädchen, einschließlich Schulmahlzeiten, für ihre Gesundheit, einschließlich ihrer sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte, sowie ein Bekenntnis für die Aufwertung der Pflege- und Betreuungswirtschaft bereitzustellen. 2022 muss das Jahr sein, in dem wir die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von jungen Frauen und Mädchen in das Zentrum unserer Bemühungen rücken, um einen gerechten Wiederaufbau mit erheblichen Verbesserungen zu erreichen.

JETZT Zivilgesellschaft schützen

Wie ein roter Faden zieht sich eines durch all unsere Bestrebungen in diesem Jahr: Wir wollen Zivilgesellschaft und Advocacy schützen und verteidigen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Stimmen von Benachteiligten gehört und Staats- und Regierungschef*innen in die Verantwortung genommen werden und ihre Zusagen erfüllen. Die zentrale Grundlage dieser Mission bildet ein offener zivilgesellschaftlicher Raum, der als Gegenpol zum Autoritarismus fungiert und eine unverzichtbare Voraussetzung für eine integrative Demokratie, gute Governance und eine nachhaltige Entwicklung darstellt. Die Geschichte hat uns gezeigt, welche Macht die Stimme von Einzelnen haben kann, wenn sie von Menschen erhoben wird, die ihre Rechte geltend machen, um einen sozialen Wandel herbeizuführen. Wir sind davon überzeugt, dass die Förderung, Ermutigung und Verteidigung von Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung ist, um das Ziel zu erreichen, JETZT extreme Armut zu beenden.

Sowohl die physischen als auch die virtuellen zivilgesellschaftlichen Räume werden immer kleiner. Obwohl neue Technologien die Netzwerke von Aktivist*innen unterstützen, haben sie es gleichzeitig Regierungen ermöglicht, repressive Gesetze zu erlassen, durch die Finanzierungsbeschränkungen umgesetzt sowie Bürgerbewegungen und Medienfreiheit kontrolliert werden können. Wir von Global Citizen werden Zivilgesellschaft direkt schützen, indem wir dafür sorgen, dass die Stimmen von kleinen zivilgesellschaftlichen Initiativen gehört werden. Das betrifft insbesondere die Stimmen der Menschen im globalen Süden und der von jungen Menschen angeführten Bewegungen, während wir gleichzeitig ihre Bestrebungen über unsere Plattformen verstärken. Wir werden unsere eigenen „Global Citizens“ in ihrer Funktion als individuelle Advocacy-Akteure stärken und ein Netz zur Verteidigung des zivilgesellschaftlichen Raums über all unsere Kampagnen und Partnerschaften spannen.

Als Advocacy-Organisation haben wir von Global Citizen erkannt, dass wir nicht länger untätig dabei zusehen können, während unsere Welt noch tiefer in der Krise versinkt. Wir müssen es selbst in die Hand nehmen, die Agenda voranzubringen und konkrete Maßnahmen in den zentralen Bereichen zu mobilisieren. Dabei haben wir die große Hoffnung, dass Sie uns zur Seite stehen und dabei helfen werden, echte Veränderungen herbeizuführen. **Die Zeit zum Handeln ist genau JETZT.**

Vorwort

Seine Exzellenz Abdulla Shahid

Während die COVID-19-Pandemie in allen Teilen der Welt verheerende Auswirkungen mit sich brachte, wirkte sie sich besonders grausam auf die bereits zuvor benachteiligten und vulnerablen Bevölkerungsgruppen aus, die in den am wenigsten entwickelten Ländern leben. Sie stehen vor einer ganzen Reihe von Herausforderungen: Vom steigenden Armutsniveau über Ungleichheit bei der Impfstoffverteilung bis hin zur starken Belastung durch Verschuldung – alles Dinge, die bewältigt werden müssen, wenn es diesen Ländern überhaupt möglich sein soll, sich von den Folgen der Pandemie zu erholen.

Im Jahr 2021 lebten 1,3 Milliarden Menschen in 109 Ländern in Armut. Die Hälfte von ihnen waren Kinder. Die Pandemie hat viele der Fortschritte zunichte gemacht, die in den vergangenen sieben Jahren die Auswirkungen der weltweit schlechten sozioökonomischen Bedingungen lindern konnten. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir dabei zusehen müssen, wie Millionen von Menschen noch stärker Armut und erbärmlichen Lebensbedingungen ausgesetzt werden.

Damit die Agenda 2030 überhaupt erfolgreich sein kann, müssen die Ziele der Agenda überall, d.h. in allen Bevölkerungsgruppen und örtlichen Gemeinden erreicht werden. Wir tragen die Verantwortung dafür, dass die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen geschützt werden und wirklich niemand zurückgelassen wird. Eine Aufgabe dieses Ausmaßes erfordert kollektives Handeln unter Beteiligung aller: der jungen und alten Menschen, von Staats- und Regierungschef*innen und politischen Führungen sowie von Bürger*innen und allen Interessenvertreter*innen – sowohl aus dem öffentlichen Raum als auch aus dem privaten Bereich.

Während wir uns nach Kräften bemühen, unsere Wirtschaft wieder anzukurbeln, unsere Umwelt zu schützen, nachhaltige Produktionsmethoden einzusetzen sowie einen nachhaltigen Konsum zu erreichen, sollten wir den Bedarf und die Prioritäten der am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen bei unserer Entscheidungsfindung zuallererst berücksichtigen. Nur so können wir unserer geschwächten Welt wieder Hoffnung geben.

Lassen Sie uns jetzt handeln – empathisch und solidarisch.

Ich fordere die Mitglieder der Zivilgesellschaft, Unternehmen, gemeinnützige Organisationen, Akademien und die wissenschaftliche Gemeinschaft auf, ihre Bemühungen im Kampf für das Ende von Armut zu intensivieren.

Ich bekenne mich vollumfänglich zur Verpflichtung der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und insbesondere zum globalen Ziel der Bekämpfung von Armut in jeglicher Form und an jedem Ort – dem Herzstück der nachhaltigen Entwicklungsziele.

Und ich werde Global Citizen zur Seite stehen, was die Anstrengungen zur Bekämpfung von Armut, zur Durchsetzung von Gleichberechtigung und zum Schutz unserer Umwelt betrifft.

Abdulla Shahid

Präsident der 76. UN-Generalversammlung, Republik Malediven

Vorwort

Aya Chebbi

Meine Generation hat in meinem Land Tunesien vor einem Jahrzehnt, also im Jahr 2011, mit einem einfachen Slogan zu protestieren begonnen – „Arbeit, Freiheit, Würde“. Unsere Proteste resultierten daraus, dass die Zukunft, von der unsere politische Führung sprach, ausschließlich in Verbindung mit monetären Werten stand, wohingegen es bei der Zukunft, die wir benötigen, um Freiheit gehen muss. Die Freiheit, sich als Mädchen sicher zu fühlen und eigene Entscheidungen treffen zu können, Zugang zu Leistungen im Zusammenhang mit sexueller und reproduktiver Gesundheit zu haben, über Bildungschancen zu verfügen, Schulesen zu bekommen und finanziell unabhängig zu sein. Als Mädchen einfach ein gleichberechtigtes menschliches Wesen zu sein oder zu werden – und dazuzugehören.

Und dennoch leben wir weiterhin in einer Welt voller Gewalt, wobei sich die Situation durch die COVID-19-Pandemie noch verschlimmert hat und Gewalt vom Patriarchat als Waffe genutzt wird, um zu verhindern, dass Frauen der Ungleichheit entkommen können. Ich stehe und stand an vorderster Front und habe keine Angst davor, für die Freiheit zu sterben, denn ich bin die Tochter von Kämpferinnen, Denkerinnen, Wissenschaftlerinnen, Königinnen und Präsidentinnen. Es ist unvorstellbar für mich, die Pandemie zu beenden, die Umwelt zu schützen und Armut zu bekämpfen, ohne in die Kraft der Mädchen zu investieren und diese freizusetzen. Wenn dieses Problem heute nicht gelöst wird, werden die Herausforderungen von morgen nur noch größer sein.

Wir sind die jüngste Generation in der Geschichte der Menschheit. In Afrika ist ein Bevölkerungsanteil von 65 % jünger als 30 Jahre, was bedeutet, dass wir über Superkräfte verfügen: demographische Macht, Stimmrechte und Mobilisierungskraft. Wir gehen auf die Straße, wenn uns keiner zuhört, und unser Kampf dient dem Ziel, Gehör zu finden.

Wir verdienen Frieden, eine gerechte Impfstoffverteilung, Klimagerechtigkeit und eine würdevolle Arbeit. Ich glaube fest daran, dass wir all dies erreichen und es außerdem schaffen können, die Pandemie unter gemeinschaftlicher und generationsübergreifender Führung zu überwinden. Eure Weisheit und unser Innovationsgeist, euer politischer Wille und unser Fintech.

Wir haben bereits eine Menge Zeit verschwendet. Aber wir können jetzt das Versäumte nachholen, Mädchen zurück in die Schule bringen und vor einer Kinderehe, Genitalverstümmelung und Teenagerschwangerschaft schützen, während wir sie gleichzeitig dabei unterstützen, den ihnen zustehenden Platz in der Gesellschaft einzunehmen. Lassen Sie uns damit beginnen, während wir gleichzeitig die Aktivist*innen und Feminist*innen an vorderster Front, online und offline verteidigen und dafür sorgen, dass die Stimmen von Millionen Mädchen in Afrika und in aller Welt Gehör finden. Wir wissen, dass eine nachhaltige Veränderung durch die Mobilisierung von Bürger*innen, der Jugend und der am stärksten benachteiligten aber dennoch resilientesten Bevölkerungsgruppen herbeigeführt werden kann.

Im Jahr 2022 können wir gemeinsam mit Global Citizen 50 Millionen heranwachsende Mädchen in ihrem Überleben und bei der Sicherung ihres Lebensunterhalts unterstützen, um eine Welt zu schaffen, die auf Kooperation und emotionaler Intelligenz basiert und auf Arbeit, Freiheit und Würde fokussiert ist.

Wir sind bereit, sind Sie es auch?

Aya Chebbi

Erste Jugendbeauftragte der Afrikanischen Union (2018-2021), Tunesien

Einleitung

In den letzten beiden Jahren wurden wir Menschen einer der größten gemeinsamen Prüfung unseres Lebens unterzogen – einer Herausforderung, die uns verdeutlicht hat, dass die Welt weder gewillt ist, das Versprechen zur Beseitigung extremer Armut einzuhalten, noch das Nötigste zu tun, um die bisher erreichten Fortschritte zu bewahren.

Während die COVID-19-Pandemie einen großen Teil der erreichten Fortschritte der letzten beiden Jahrzehnte zunichte gemacht hat, müssen wir auch die Tatsache anerkennen, dass im globalen Maßstab gesehen, Armut bereits zuvor in vielen Teilen der Welt zugenommen hat. Die Untätigkeit und Selbstgefälligkeit der Welt, sowohl auf Unternehmensebene als auch auf Seiten der Regierungschef*innen und politischen Führungen auf lokaler Ebene, haben ein Erbe hinterlassen, das durch zunehmende Armut und verbreitete Ungleichheit gekennzeichnet ist.

Und in diesen Krisenzeiten, in denen wir zusammenstehen müssten, ist die Spaltung unserer Welt größer geworden als jemals zuvor. Wir beobachten weiterhin die verschärften Auswirkungen von schlechter globaler Führung, von Jahrzehnten voll mit Konflikten und der fehlenden Bereitschaft, den Ärmsten der Armen eine Chance zu geben, damit sie Zugang zum Finanzsystem erhalten können. Die letzten Jahre waren durch eine dramatische und schon lange bestehende Ignoranz bezüglich der Menschen geprägt, die in extremer Armut leben müssen, während politische Führungen, Wirtschaftswissenschaftler*innen und sogar internationale Institutionen das Problem herunterspielen.

Der Krieg gegen die Ukraine – der nicht nur unsägliches Leid und Verwüstung verursacht – wird diese Situation nur noch weiter verschärfen. Anstatt den Übergang zu erneuerbaren Energien zu beschleunigen, könnten beispielsweise die begrenzten Fortschritte bei den Klimaschutzmaßnahmen untergraben werden, wenn die Länder russisches Gas hastig durch andere fossile Brennstoffe ersetzen. Schätzungen vom 10. März zufolge könnten 500 Millionen Menschen aufgrund des Krieges von akutem Hunger betroffen sein. Erschwerend kommt hinzu, dass die weltweiten Lebensmittelpreise in die Höhe schießen, und da die Ukraine erhebliche Mengen Weizen an das Welternährungsprogramm liefert, ist die weltweite Nahrungsmittelhilfe nun gefährdet. Und schließlich wird die daraus resultierende humanitäre Krise und dramatische Situation für Flüchtende Milliarden kosten – das zu einer Zeit, in der Hilfsorganisationen und Entwicklungsbudgets bereits unter Druck stehen. Die Welt muss eine Situation vermeiden, in der Menschen in Not gegen andere in Not ausgespielt werden.

Dieser Krieg und seine Auswirkungen sind eine dramatische Erinnerung daran, dass wir JETZT mehr tun müssen, um die Voraussetzungen für eine gemeinsame Zukunft zu schaffen. Der Krieg darf nicht als Ausrede dafür dienen, Armut nicht zu beenden oder keine Maßnahmen gegen die Klimakrise zu ergreifen, sondern sollte stattdessen der Ausgangspunkt für dringendere Maßnahmen sein. Die Situation in der Ukraine unterstreicht die Dringlichkeit vieler der in diesem Papier dargelegten politischen Empfehlungen, einschließlich der Unterstützung von Kleinbäuer*innen auf der ganzen Welt, des Abbaus von systemischen Barrieren, die die finanzielle Ungleichheit aufrechterhalten, und der Bereitstellung von Bildungs- und Gesundheitsdiensten für die hauptsächlich weiblichen Flüchtenden, die die Ukraine verlassen.

Wenn wir jetzt nicht tätig werden, wird sich die Armutsspirale einfach nur weiterdrehen. Wir müssen die systemischen Barrieren beseitigen, welche Menschen weiter in Armut halten, bei steigenden Kosten für Nahrungsmittel und lebensnotwendige Güter, zunehmender Arbeitslosigkeit, niedrigeren Löhnen und dem Fehlen einer medizinischen Grundversorgung sowie sozialen Absicherung. Es ist nicht mehr möglich, dass wir einfach so weitermachen. Selbstgefälligkeit ist nicht die Antwort – und ist es auch nie gewesen. Die Zeit zum Handeln ist JETZT.

Das Narrativ lautete über Jahre, „extreme Armut bis 2030 beenden“ zu wollen, aber die Wahrheit ist, dass wir diese Agenda nun nicht länger hinauszögern oder verschieben können – wir müssen **JETZT** aktiv werden, um **extreme Armut zu beenden**. Die Pandemie und die Klimakrise haben stärker als jemals zuvor gezeigt, wie anfällig Fortschritt für Rückschläge ist. Die Zeit zum Handeln ist genau JETZT.

Wir von Global Citizen werden uns auf verschiedene transformative Bereiche konzentrieren, um Investitionen zu mobilisieren und einen politischen Wandel herbeizuführen. Wir sind davon überzeugt, dass der Einsatz in diesen Bereichen zusammengenommen den größtmöglichen Effekt erzielen werden, um extreme Armut zu beenden. Erfolge in diesen Themen verstärken sich gegenseitig und sie werden uns wieder auf den richtigen Weg bringen, um auch die anderen nachhaltigen Entwicklungsziele erreichen zu können.

JETZT systemische Barrieren beseitigen: Ausgehend von einem notwendigen Ende der COVID-19-Pandemie und der Bereitstellung von dringend benötigten Hilfsleistungen muss unser System für eine gerechte Gesundheitsversorgung und wirtschaftliche Gerechtigkeit im großen Rahmen sorgen. Hierzu ist es erforderlich, eine gerechte Mittelverteilung zur Finanzierung von Grundbedürfnissen sowie eine angemessene Reaktion auf globale Krisen zu erreichen – einschließlich der humanitären Herausforderungen, die durch Kriege entstehen.

JETZT Klimaschutzmaßnahmen ergreifen: Die reichen Länder müssen ihre Zusagen einhalten, denjenigen Menschen zu helfen, die bereits jetzt unter den Auswirkungen der Klima- und der steigenden Hungerkrise leiden, während Staats- und Regierungschef*innen und die Wirtschaft Maßnahmen ergreifen müssen, um die globale Erwärmung unterhalb der 1,5°C-Grenze zu halten.

JETZT Mädchen und junge Frauen stärken: Die G7 und andere Länder müssen die Position von Mädchen und jungen Frauen stärken – durch Investitionen in Bildung, Ernährung und Gesundheitsversorgung, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte, sowie durch die Sicherung der damit zusammenhängenden Rechte, während gleichzeitig dafür gesorgt werden muss, dass die globale Kinderbetreuungskrise bewältigt wird. Vor allem Mädchen und junge Frauen in Krisensituationen brauchen unsere Unterstützung.

JETZT Zivilgesellschaft schützen: Global Citizen wird Menschen dabei helfen, ihre Stimme zu erheben – insbesondere den Bevölkerungsgruppen im globalen Süden. Wir werden das Recht jedes Menschen auf freie Meinungsäußerung, auf Widerspruch und Vereinigung verteidigen. Niemand sollte deswegen Angst vor Repressalien oder Gewalt haben müssen.

Aufgrund der Zusammenhänge zwischen Konflikten und Armut wird Global Citizen außerdem die Menschen unterstützen, die tagtäglich einem ständigen Überlebenskampf durch Konflikte ausgesetzt sind. Armut wird durch Kriege geschürt, denn sie unterbrechen die Nahrungsmittelversorgung, zerstören die Infrastruktur, zersplittern Communities und untergraben die Wirtschaft sowie die Bereitstellung von Sozialleistungen. Deshalb wird Global Citizen im Laufe des Jahres Regierungen und Unternehmen dazu aufrufen, den UN-Hilfsfonds für die Ukraine zu unterstützen und allen Flüchtenden eine sichere Ausreise zu ermöglichen.

Wir glauben, dass Frieden der einzige Weg zu Stabilität, Entwicklung und Gerechtigkeit für alle ist. Trotz all der Dringlichkeit besteht immer noch Hoffnung, Fortschritte zu erzielen – solange der Weg geebnet wird, auf dem wir vorankommen können. Wir wissen, was getan werden muss. Fortschritt wird aber ebenso wie Gerechtigkeit niemals ein Geschenk sein – er muss erkämpft werden. Und jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem alle Menschen einen wichtigeren Auftrag haben als jemals zuvor – als zentrale Vermittler des Wandels. Durch die folgenden Abschnitte ziehen sich die Geschichten von Menschen, die sich an vorderster Front für Veränderungen in ihren Gemeinden einsetzen: von der Geschichte einer Lehrerin aus Nigeria, die nur unter Nutzung ihres Telefons Tausende von Kindern unterrichtet, bis hin zur Geschichte der deutschen Aktivistin, die sich der Aufgabe verschrieben hat, um jeden Preis einen gerechten Zugang zu Impfstoffen zu erreichen, sowie einer Aktivistin, die an der Schnittstelle zwischen Klimakrise, Lebensmittelsicherheit sowie indigener Bewahrung von biologischer Vielfalt in Indonesien arbeitet.

Wir dürfen beim Erkämpfen von Fortschritten nicht ins Stocken geraten und müssen unsere Anstrengungen fortsetzen, die strukturellen Veränderungen zu erreichen, für die wir uns an der Seite von Aktivist*innen aus aller Welt einsetzen. Dieses Jahr wird nur der erste Schritt von vielen auf unserem Weg sein, um unser Ziel zu erreichen, JETZT extreme Armut zu beenden. Wir hoffen, dass auch Sie uns zur Seite stehen werden und uns aktiv dabei unterstützen, Veränderungen auf den Weg zu bringen.



“Das Problem besteht darin, dass wir große Teile der Welt zurücklassen... Aber Impfstoffe sind von absolut zentraler Bedeutung. Es gibt im Moment keinen anderen Ausweg aus der Pandemie als mit Impfungen als zentraler strategischer Säule.”

Dr. John Nkengasong, Direktor, Africa Centres for Disease Control and Prevention

Foto von US Army National Guard

JETZT Systemische Barrieren beseitigen

Die COVID-19-Pandemie hat [fast 100 Millionen weitere Menschen](#) in extreme Armut getrieben,¹ und zum ersten Mal in zwei Jahrzehnten [nimmt die Kluft zwischen reichen und armen Ländern wieder zu](#).² Der Präsident der Weltbank sagte: „Ich mache mir sehr große Sorgen, dass diese Entwicklung zu einer dauerhaften Schieflage führt.“³

Bei der Einführung der COVID-19-Impfstoffe kam es zu eklatanten Ungerechtigkeiten, da die Produktion, die Eigentumsrechte und die Verteilung größtenteils auf einige wenige wohlhabende Länder und Unternehmen beschränkt blieben. Während reiche Länder Milliarden für Konjunkturpakete mobilisierten, hatten ärmere Länder kaum Zugang zu

Finanzierungen, um die Auswirkungen der Pandemie für ihre eigene Bevölkerung abzufedern, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und die soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Die Pandemie hat die existierenden Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung und bei den globalen Finanzierungsquellen, die den Kampf gegen extreme Armut untergraben, sichtbar gemacht und verschärft. Auch wenn die Ursachen von Armut vielfältig und sehr unterschiedlich sind, können wir extreme Armut nur beenden, indem wir die zwei systemischen Barrieren beseitigen. Dazu gehören die Faktoren, welche die Pandemie unnötigerweise in die Länge gezogen und

Annemarie Botzki – Aktivistin für Impfgerechtigkeit

Annemarie Botzki ist der festen Überzeugung, dass die COVID-19-Impfstoffe allen Menschen zur Verfügung stehen sollten. Als leitende Kampagnenmanagerin von WeMove Europe übt sie öffentlichen Druck auf die deutsche Regierung aus, sich für einen Verzicht auf geistige Eigentumsrechte an den Impfstoffen einzusetzen, damit diese als öffentliches Gut betrachtet werden können. Auf diese Weise könnten Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen Impfstoffe direkt herstellen und die systemischen Barrieren überwinden, die sie derzeit daran hindern.

In Zusammenarbeit mit der Organisation People's Vaccine half Botzki bei der Initiierung einer Petition, in der von Deutschland gefordert wird, dass Impfstoffe und Behandlungen für alle und überall zugänglich sind. Damit sammelten sie beeindruckende 2,7 Millionen Unterschriften. Selbst als Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte, sie werde eine Ausnahmeregelung für geistiges Eigentum nicht unterstützen, gab Botzki nicht auf. Sie organisierte eine Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt und schrieb einen Brief an BioNTech.

„Sie nennen diesen Impfstoff 'das Projekt für die Menschheit'“, sagt Botzki. „In diesem Brief, den wir an Sie geschrieben haben, [sagten wir] ... dann handeln Sie entsprechend. Unterstützen Sie einen Verzicht auf die Patente, damit Sie dieses Wissen teilen können.“

Im Februar 2022 übergaben sie und WeMove Europe die People's Vaccine-Petition an das deutsche Auswärtige Amt. In der Hoffnung auf einen Politikwechsel unter dem neuen Bundeskanzler Olaf Schulz übt Botzki weiterhin Druck auf Beamt*innen und Pharmakonzerne aus, damit diese den wirtschaftlichen Nutzen für das Allgemeinwohl zurückstellen.

„Dies ist eine große Bewährungsprobe für die Menschheit“, sagt sie. „Wie gehen wir mit diesen globalen Problemen um? Denken wir als Weltbürger*innen oder denken wir [an uns selbst]?“

die Erholung einkommensschwacher Länder erschwert haben – konkret: der ungerechte Zugang zur Gesundheitsversorgung und die finanzielle Ungleichheit.

JETZT COVID-19 BESIEGEN UND EINE GERECHTE GESUNDHEITSVERSORGUNG SICHERSTELLEN

Während der Pandemie haben die Staats- und Regierungschef*innen weltweit ständig die Bedeutung einer [gerechten Impfstoffverteilung](#) betont,⁴ während sie in der Praxis Impfstoffe in großen Mengen gehortet, der Pharmaindustrie zu viel Macht zugestanden und es versäumt haben, multilaterale Reaktionsmechanismen hinreichend mit Finanzmitteln auszustatten. Ohne eine gerechte globale Impfstoffverteilung können sich [neue Varianten wie Omikron](#) entwickeln, die noch weitaus mehr Menschenleben bedrohen.⁵ Die Impfquoten sind ebenfalls unmittelbar mit dem wirtschaftlichen Aufschwung verbunden. Die [Internationale Arbeitsorganisation](#) hat in diesem Zusammenhang Folgendes berichtet: „Für jeweils 14 Personen, welche die

Erstimpfung im zweiten Quartal 2021 erhalten haben (typischerweise zwei Dosen), kam ein Arbeitsplatz in Vollzeitbeschäftigung zum globalen Arbeitsmarkt hinzu.“⁶

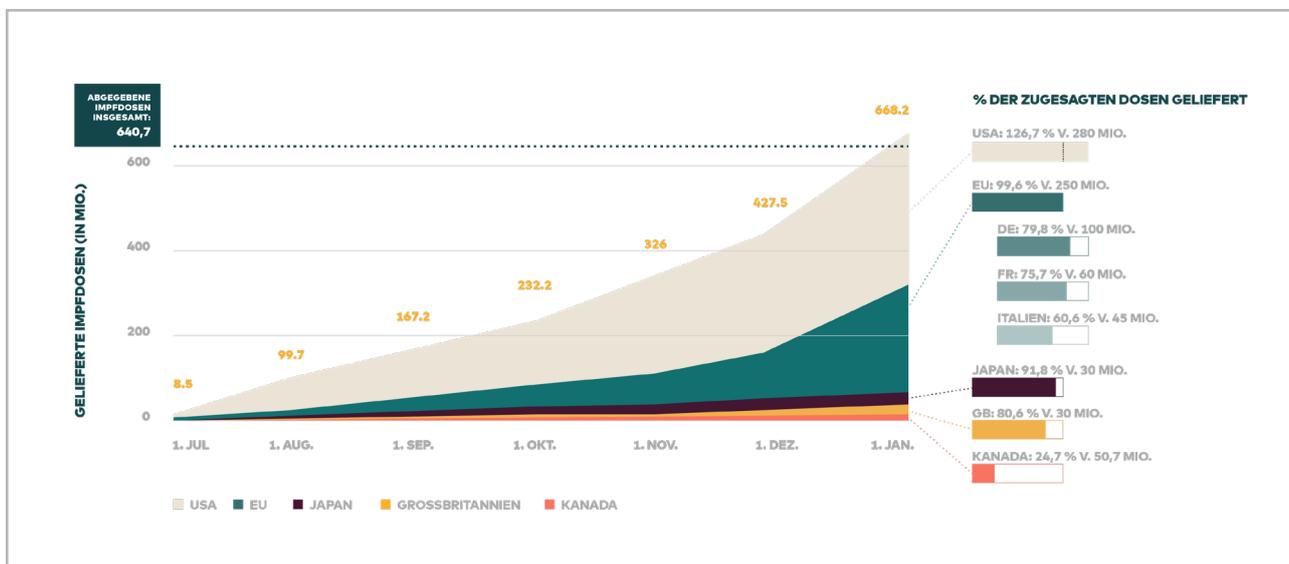
Bis zum 7. Februar 2022 haben 72 % der Menschen in einkommensstarken Ländern ihre Erstimpfungen erhalten, während es in Ländern mit mittlerem Einkommen 35 % (unter Ausschluss von Indien) und in [Ländern mit niedrigem Einkommen](#) 5,8 % waren.^{7,8}

Erschwerend kommt hinzu, dass die Länder mit hohem Einkommen bereits mehr als 2,5-mal so viele Booster-Impfungen verabreicht haben als die [Länder mit niedrigem Einkommen](#) insgesamt verimpft konnten.^{9,10}

Während die Staats- und Regierungschef*innen weltweit zugesagt haben, das Ziel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) einzuhalten, mindestens 70 % der Menschen in jedem Land der Welt bis zur Mitte des Jahres 2022 mit Erstimpfungen zu versorgen, müssen sie nun zunächst erst einmal einen umfassenden Plan bereitstellen, wie dies erreicht werden soll. Bis Januar 2022 waren [118 Länder nicht auf dem richtigen Weg](#), um dieses Ziel erreichen zu können.¹¹

Abbildung 1. Bereitstellung in letzter Minute? Impfstoffverteilung durch die G7 und die EU im Jahr 2021.

Impfdosen, die für Länder mit niedrigem Einkommen, Länder mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich und mit mittlerem Einkommen im oberen Bereich entweder über COVAX oder bilateral zur Verfügung gestellt wurden. Mehr als ein Drittel der insgesamt 668,2 Millionen Dosen wurden erst in letzter Minute geliefert, d.h. im Dezember 2021. Die EU, einschließlich Deutschland, Frankreich und Italien, lieferte in diesem Monat 141,2 Millionen Dosen – mehr als die Hälfte der zugesagten Dosen für das gesamte Jahr. Die USA lieferten mehr Dosen, als sie zugesagt hatten, wodurch kompensiert wurde, dass die anderen G7-Staaten zu wenige Dosen bereitgestellt hatten. Quelle: Airfinity.¹³



Die Omikron-Variante, die Boosterimpfungen und die erforderlichen Zusatzdosen, die benötigt wurden, um den Rückstand auf die weniger effektiven Impfstoffe wieder aufzuholen – all dies verdeutlicht den Bedarf für einen nachhaltigen Schutz vor COVID-19 und einen gerechten Zugang zu mehr als nur zwei Impfstoffdosen pro Person weltweit.

Im Jahr 2021 hatte die globale COVID-19-Impfstoffinitiative [COVAX](#)¹² große Schwierigkeiten, Zugang zu den direkt von ihr bestellten Dosen zu erhalten. Hindernisse wie Exportkontrollen und Hortung der Impfstoffe durch reiche Länder zwangen COVAX, sich in großem Umfang auf Impfstoffabgaben zu verlassen – ein weniger effizienter und komplexerer Weg, um Impfdosen zu verteilen. Außerdem wurden die staatlichen Zusagen bezüglich der Impfstoffverteilung nicht rechtzeitig erfüllt (siehe Abbildung 1).

Währenddessen haben Unternehmen wie Moderna und Pfizer/BioNTech die globalen Liefermengen beschränkt und die Übernahme von Eigenverantwortung vor Ort und den lokalen Vertrieb verhindert, indem sie sich weigerten, das geistige Eigentum (IP) zur Herstellung der Impfstoffe zu teilen. Die Staats- und Regierungschef*innen von EU-Ländern (insbesondere Deutschland), des Vereinigten Königreichs und der USA, in denen die COVID-19-Impfstoffhersteller ihren Sitz haben, haben den Vorschlag von Indien und Südafrika blockiert oder nicht daran mitgearbeitet, diesen voranzubringen. Der Vorschlag, der von mehr als 100 Ländern unterstützt wurde, sah vor, geistige Eigentumsrechte in Bezug auf die COVID-19-Impfstoffe und sonstige medizinische Hilfsmittel während der Pandemie auszusetzen.

„Die Beendigung der Pandemie kann nicht einfach nur eine Wohltätigkeitsaktion sein“, sagte Prinz Harry, der Herzog von Sussex, am 25. September 2021 auf dem Global Citizen Live Event.

Förderung einer regionalen Selbstversorgung

Die Versuche einer gerechten Verteilung der Impfstoffe durch traditionelle marktbasierende Maßnahmen sind fehlgeschlagen. Um jetzt

den Zugang zu Impfstoffen zu erhöhen und die Selbstversorgung in Vorbereitung auf künftige Pandemien zu verbessern, müssen wir die Hemmnisse für eine lokale Produktion – lokale Eigentumsrechte und eine lokale Verteilungsbehörde in jeder Region der Welt – abbauen. Mehr als [100 Produzenten im Globalen Süden](#) konnten bereits identifiziert werden, die über die Kapazitäten verfügen, um COVID-19-Impfstoffe herzustellen.¹⁴ Dadurch könnte zudem nicht nur Expertise bezüglich der Krisenreaktionsfähigkeit über die COVID-19-Pandemie hinaus ausgebaut werden, sondern auch der pandemiebedingte Anstieg von Armut gebremst werden.

Verantwortung und Gewährleistung von Transparenz

Die G7 und die EU haben zugesagt, zusätzlich mehr als 1,5 Milliarden Dosen bis Mitte des Jahres 2022 bereitzustellen, nachdem sie im Jahr 2021 lediglich 668 Millionen Dosen (siehe Abbildung 1) für Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen geliefert hatten.

Im Jahr 2021 lief der Verteilungsprozess langsam und ineffizient ab. Beispielsweise wurden [Dosen, bei denen das Verfallsdatum fast erreicht war, häufig in ärmere Länder abgegeben](#), die dann keine realistische Chance mehr hatten, diese zu verteilen.¹⁵ Stattdessen sollten künftig gespendete Dosen auf planbare Weise und in enger Koordination mit den Ländern geliefert werden, die diese erhalten sollen, sodass deren Ausschöpfung maximiert werden kann.

Die Impfstoffabgaben waren allerdings stets als Überbrückungsmaßnahme gedacht, um die anfänglich in zu großer Anzahl eingekauften Dosen der reichen Länder umzuverteilen. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, dass konkrete Maßnahmen eingerichtet werden, um die zugrundeliegenden systemischen Barrieren bezüglich des Impfstoffzugangs zu beseitigen.

Darüber hinaus haben die Pharmaunternehmen durchgehend behauptet, genügend Impfstoffdosen für die Erreichung der Impfziele zu produzieren, ohne dafür transparente Nachweise zu erbringen. Diese Geheimniskrämerei im Zusammenhang mit der Impfstoffproduktion, den Verträgen,

dem Vertrieb und der Verteilung der Dosen hat die Fähigkeit der Staats- und Regierungschef*innen untergraben, eine effektive Pandemiebekämpfung zu organisieren.

Steigerung der Bereitschaft der Länder

Aufgrund der bereits zuvor geschwächten Gesundheitssysteme und der Tatsache, dass die Abgabe der Impfstoffe häufig sehr kurzfristig erfolgte, sodass viele Dosen beinahe ihr Verfallsdatum erreicht hatten, hatten einkommensschwache Länder große Schwierigkeiten damit, die Impfdosen zu verabreichen. Aufgrund dessen waren die Länder unberechtigterweise der Kritik ausgesetzt, dass sie auch in dem Fall, wenn sie planbar und nachhaltig mit Impfstoffen versorgt worden wären, sowieso nicht in der Lage gewesen wären, die Dosen auf effektive Weise zu verwenden.

Ärmere Länder benötigen Unterstützung bei der Umsetzung von Impfkampagnen und der Reaktion auf die COVID-19-Pandemie, und zwar auf eine Weise, durch die die Gesundheitsversorgung dieser Länder langfristig gestärkt und sichergestellt wird, dass die Impfstoffe, die Tests und die Behandlungsmethoden auch abgelegene Gemeinden erreichen.

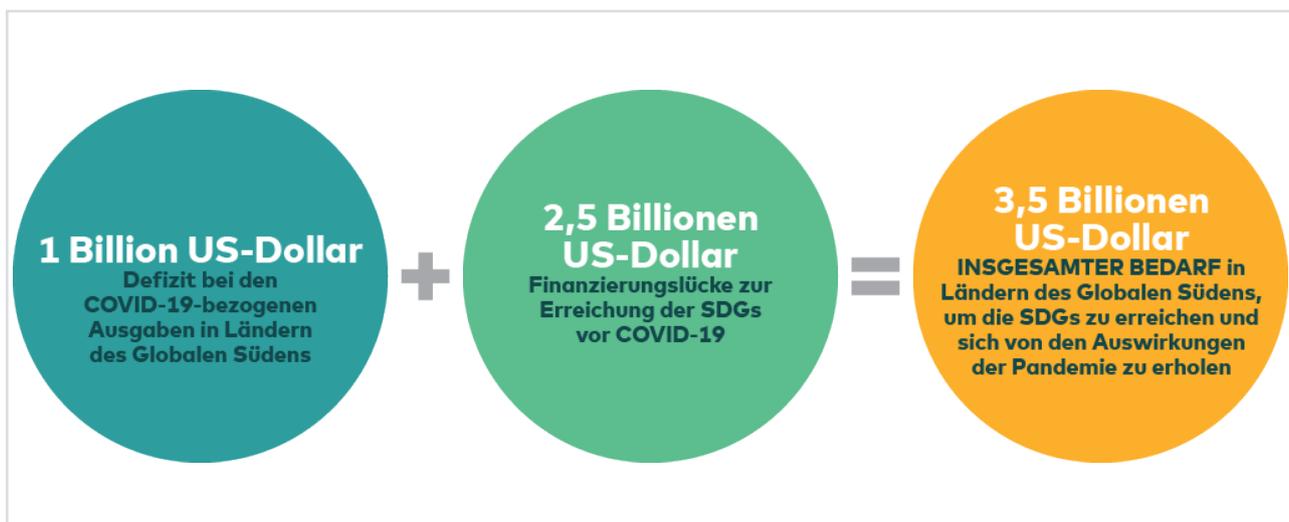
JETZT FINANZIERUNGEN FREIGEBEN UND EINE GERECHTE BESTEUERUNG SICHERSTELLEN

Über Jahre hinweg haben Staats- und Regierungschef*innen in aller Welt nicht die globalen Investitionen geleistet, die nötig gewesen wären, um extreme Armut zu beenden und das Leben der ärmsten Menschen weltweit zu verbessern. Bereits vor der COVID-19-Pandemie wurde die Finanzierungslücke zum Erreichen der Global Goals auf 2,5 Billionen US-Dollar geschätzt.¹⁶ Aktuell benötigen Länder im Globalen Süden Schätzungen zufolge 3,5 Billionen US-Dollar, da der Aufwand für die Überwindung der durch die COVID-19-Pandemie bedingten Ausgabenlücke in diesen Ländern bei etwa 1 Billion US-Dollar liegt (siehe Abbildung 2).¹⁷

Die Mobilisierung von Billionen an Finanzmitteln ist keine Frage des Budgets, sondern des politischen Willens. Seit dem Beginn der Pandemie haben wohlhabende Länder unter Führung der G20 auf mindestens 16 Billionen US-Dollar an Finanzmitteln für Konjunkturpakete zurückgegriffen, um ihre Bevölkerung und die heimische Wirtschaft zu unterstützen.¹⁹ Die ärmeren Nationen hatten hingegen keinen Zugang zu derartigen Finanzmitteln oder nur zu sehr hohen Zinsen.

Abbildung 2. Finanzierungsbedarf von ärmeren Ländern

Der aktuelle Finanzierungsbedarf zum Erreichen der Global Goals und zur Überwindung der durch die COVID-19-Pandemie bedingten Ausgabenlücke.¹⁸



Ganz im Gegensatz zu den reichen Nationen, die ihre Kredite sogar zu Negativzinsen aufnehmen konnten. [Die Konjunkturpakete der Länder in Subsahara-Afrika](#) machten durchschnittlich einen Anteil von weniger als 3 % an ihrem (viel geringeren) BIP aus, im Vergleich zu 22 % im Fall der G20-Staaten.²⁰

Die Pandemie und die Klimakrise belegen, dass die Mobilisierung der Finanzierung, die für die ärmeren Länder benötigt wird, keine Wohltätigkeitsaktion ist – sondern eine sinnvolle Handlung zur Förderung der eigenen Interessen. Die Staats- und Regierungschef*innen können Maßnahmen auf den Weg bringen, die es ärmeren Ländern ermöglichen, aus eigenen Kräften mehr Einnahmen und stabile globale Finanzflüsse für ähnliche Herausforderungen wie die aktuelle Pandemie zu generieren. Während wir natürlich Unterstützung zum Erreichen von sofortigen Verbesserungen benötigen, müssen wir zusätzlich auch Fortschritte bei breiter angelegten Systemveränderungen erzielen.

Umverteilung von 100 Milliarden US-Dollar an Sonderziehungsrechten zugunsten der ärmsten Länder

Im Rahmen einer historischen Maßnahme gab der Internationale Währungsfonds (IWF) im August 2021 650 Milliarden US-Dollar an Reservemitteln frei, um die weltweite Erholung von der COVID-19-Pandemie zu unterstützen.²¹ Diese Sonderziehungsrechte (SZR) können zwischen den jeweiligen Ländern oder mit dem IWF gehandelt werden. Im Wesentlichen geht es dabei um eine globale Notfall-Konjunkturfinanzierung. Diese zusätzliche Finanzierungsquelle gibt einkommensschwachen Ländern mehr Möglichkeiten, um sowohl den sofortigen als auch den langfristigen Bedarf zu decken, der aus der COVID-19-Krise resultiert.

Der [IWF verteilt die SZR](#) allerdings basierend auf den Anteilen der Mitgliedsländer, wobei die wohlhabenden Volkswirtschaften 68 % der neuen SZR erhalten (442,8 Milliarden US-Dollar), während die 44 ärmsten Länder der Welt lediglich 7 % zugeteilt bekommen haben (45,5 Milliarden US-Dollar) (siehe Abbildung 3).²² Ermutigend ist jedoch, dass sich die G20 verpflichtet haben, gemeinschaftlich einen

Anteil an ihren SZR im Wert von 100 Milliarden US-Dollar an Länder umzuverteilen, denen es an finanziellen Reserven mangelt.²³

Laut IWF sind jedoch etwa „60 % der Länder mit niedrigem Einkommen einem hohen Überschuldungsrisiko ausgesetzt oder bereits überschuldet“ und sie bezahlen bereits jetzt höhere Beträge, um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, als es in den letzten beiden Jahrzehnten der Fall war.²⁵ Obwohl sich die G20-Staaten bereits im Jahr 2020 auf das sogenannte 'Common Debt Framework' geeinigt haben, ist bisher kein Land in der Lage gewesen, eine vollumfängliche Umschuldung sowohl für die Privatverschuldung als auch für die Staatsverschuldung zu erreichen.²⁶ Die überschuldeten Länder benötigen dringend Unterstützung, ohne dass sie dadurch noch stärker belastet werden. Die SZR sollten genau diese Unterstützung ermöglichen.

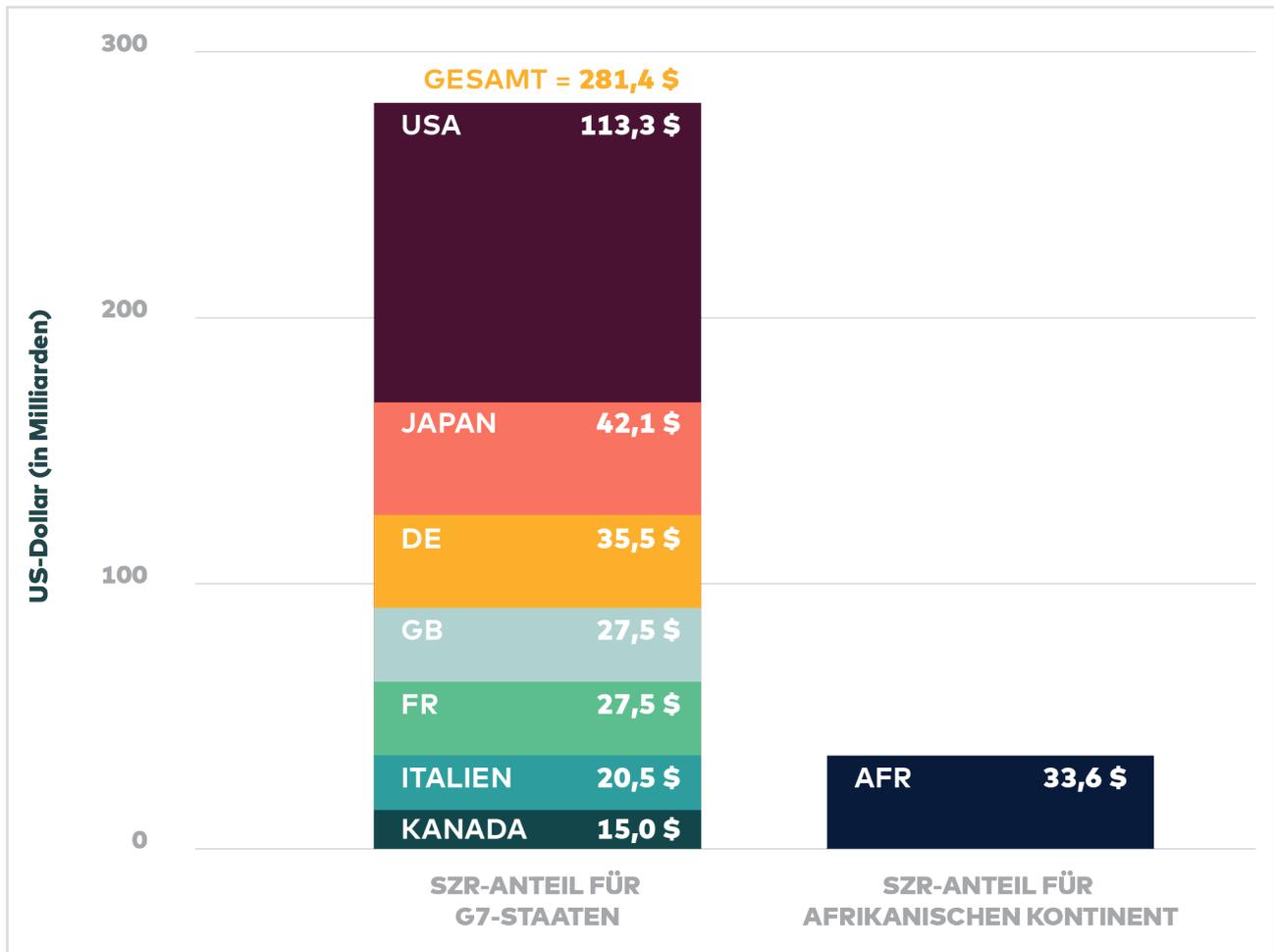
JETZT die ODA-Mittel erhöhen

Die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) muss weiterhin eine wichtige Brückenfunktion übernehmen, die es den ärmsten Ländern ermöglicht, ihre Bürger*innen Grund zu versorgen, Chancen zu eröffnen und sie zu stärken, während die Bestrebungen zum Erreichen eines Systemwandels fortgesetzt werden. Allerdings stagniert das globale ODA-Niveau in Bezug auf den prozentualen Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) bereits [seit 15 Jahren](#).²⁷

Im Jahr 2020 beliefen sich die [ODA-Mittel insgesamt auf 161,2 Milliarden US-Dollar bzw. 0,32 % des BNE](#).²⁸ Wenn alle Geberländer ihre Verpflichtung mit Beiträgen in Höhe von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) erfüllt hätten, wären dadurch zusätzliche 249 Milliarden US-Dollar an ODA in einem einzigen Jahr freigesetzt worden. Leider haben aber [nur sechs Geberländer dieses Ziel erreicht oder überschritten](#):²⁹ Dänemark, Deutschland, Luxemburg, Norwegen, Schweden und das Vereinigte Königreich. Seitdem hat das Vereinigte Königreich allerdings seine ODA-Mittel um 4-5 Milliarden britische Pfund auf 0,5 % des BNE gekürzt.³⁰

Abbildung 3. SZR-Verteilung zwischen den G7 und ganz Afrika

Abbildung 3: Der größte Anteil der SZR geht an reiche Länder, wie anhand der Verteilung zwischen den G7-Staaten und allen afrikanischen Ländern deutlich wird.²⁴



Wir benötigen jetzt signifikante ODA-Erhöhrungen, einschließlich der Mittel für humanitäre Hilfe- und Unterstützungsleistungen für Geflüchtete im Ausland. Eine Möglichkeit, wie dies erreicht werden kann, besteht in der Identifizierung und Umleitung anderer Finanzierungsquellen. Beispielsweise sollten die Milliarden an Geldern, die jährlich für den inzwischen beendeten Militäreinsatz in Afghanistan ausgegeben wurden, zur Unterstützung der humanitären Hilfe in Afghanistan und zur Unterstützung weiterer Krisensituationen umgeleitet werden. Auch durch die Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe könnten Milliarden an Geldern für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit freigesetzt werden.

Des Weiteren sollten die Staats- und Regierungschef*innen und die multilateralen

Entwicklungsbanken wie die Weltbank und der IWF zusammenarbeiten, um eine Maximierung der Finanzierung zu erreichen. Es bestehen durchaus Möglichkeiten, um die Kapazitäten zu erhöhen, um höhere Beträge zu äußerst günstigen Konditionen zu gewähren und Privatkapital einzutreiben. Zugleich muss sichergestellt werden, dass ärmere Länder Zugang zu den Ressourcen erhalten, die sie für ihre Entwicklung benötigen, ohne weiter in die Überschuldung zu geraten. Dies könnte [bis 2025 zusätzliche 100 Milliarden US-Dollar generieren](#).³¹

Einen globalen Solidaritätszuschlag festsetzen

ODA ist eine wichtige Form der Entwicklungsfinanzierung, hat aber bislang nie ausgereicht, um extreme Armut vollständig zu beseitigen. Es werden zusätzliche Finanzierungsquellen benötigt, um die

“Sagen wir einfach, wie es ist: Das globale Finanzsystem ist moralisch bankrott. Es begünstigt die Reichen und bestraft die Armen. Eine der Hauptfunktionen des globalen Finanzsystems besteht in der Gewährleistung der Stabilität durch die Unterstützung der Wirtschaftssysteme in Finanzkrisen. Angesichts einer derartigen Krise – der globalen Pandemie – hat das System jedoch den Globalen Süden im Stich gelassen.”

António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen

Lücke in Höhe von 3,5 Billionen US-Dollar zu schließen, die für die Reaktion auf die COVID-19-Pandemie und die Erfüllung der Global Goals benötigt werden. Die Pandemie hat uns dies jäh vor Augen geführt: ODA kann als Teil der Haushaltsmittel von einem Jahr auf das andere erheblich gekürzt werden, wie es im Vereinigten Königreich der Fall war. Dieses Risiko ist besonders ausgeprägt in Krisensituationen, wenn diese Form der Unterstützung am dringendsten benötigt wird.

Es müssen neue Einnahmequellen außerhalb der verfügbaren ODA-Budgets erschlossen werden, die im benötigten Umfang und in hohem Tempo mobilisiert werden können. Dies würde auch ermöglichen, die Süd-Nord-Spaltung zu überwinden, insofern Finanzierungsmechanismen verfügbar sind, die von allen Ländern aktiviert werden können, und nicht nur von den Geberländern. Neue Steuern sollten gewährleisten, dass die Sektoren, die traditionell von der Globalisierung profitiert haben, nun einen echten Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen leisten, die durch sie verursacht wurden. Ein entsprechender Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer (FTT) wurde bereits [im Jahr 2011](#)³² von Bill Gates in seinem

Bericht für die G20-Staaten unterbreitet. Im Allgemeinen werden Finanztransaktionen nicht besteuert, ganz im Gegensatz zu anderen Typen von kommerziellen Transaktionen, wie dem Kaufen von Brot. Gleichzeitig profitiert der Finanzsektor von der Globalisierung.

Verschiedene FTTs wurden bereits in der Welt eingeführt, was verdeutlicht, dass die Besteuerung des Finanzsektors realisierbar ist und Milliarden einbringen kann. Grundsätzlich fließen die Einnahmen in das allgemeine Budget, aber in Frankreich werden sie teilweise direkt für Entwicklungsausgaben vorgemerkt. Auch bei minimalen Steuersätzen könnte die ausgedehnte Einführung dieser Art einer Steuer die Mobilisierung von Milliarden an Geldern ermöglichen. Beispielsweise könnte laut einer Schätzung der EU-Kommission die Einführung einer derartigen Steuer in lediglich 11 Ländern [60 Euro Milliarden pro Jahr einbringen](#).³³ Eine Gruppe von Vorreiterstaaten sollte die FTT einführen, um die Entwicklungsfinanzierung zu unterstützen und eine beständige Finanzquelle bereitzustellen, die keinen Budgetverhandlungen und politischen Erwägungen unterliegt.

Das globale Steuersystem für alle praktikabel machen

Multilaterale Regeln zum Zweck der Erhöhung der Transparenz in Bezug auf fragwürdige Praktiken wie die Nutzung von Briefkastenfirmen und Stiftungen, Gewinnverschiebungen und Steuerhinterziehung würden Ressourcen freisetzen, die im Fall der Zurückgewinnung und Besteuerung helfen könnten, die Finanzierungslücken zugunsten von ärmeren Ländern zu schließen. Allein auf dem afrikanischen Kontinent werden durch [illegale Finanzströme](#) schätzungsweise 88,6 Milliarden US-Dollar jährlich vorenthalten. Dies entspricht einem Anteil von 3,7 % an Afrikas BIP, d.h. beinahe der Höhe der zusammengefassten jährlichen Zuflüsse aus der ODA-Mitteln für den Kontinent.³⁴

Wir fordern die G20-Staaten auf, sicherzustellen, dass die [globalen Steuerreformen](#), auf die sich die G20 am Ende des Jahres 2021 geeinigt haben, für alle Länder praktikabel sind – einschließlich der

ärmsten Länder. Darüber hinaus müssen sie dafür sorgen, dass die Steuertransparenz von multinationalen Konzernen und sonstigen juristischen Personen erhöht wird, sodass es letztendlich unmöglich sein wird, Steueroasen und Stiftungen zu nutzen, um verpflichtende Steuerzahlungen zu umgehen.³⁵ Alle Regierungen sollten für ein transparentes und verantwortungsvolles Management der Finanzmittel sorgen, damit die Inlandseinnahmen effizient genutzt werden können.

Die Pandemie hat die Welt um Jahre bei den Entwicklungsfortschritten zurückgeworfen und die globalen Herausforderungen verschärft, wie z.B. in der Hungerkrise, durch ungerechte Gesundheitssysteme, Ungleichheiten und wirtschaftliche Instabilität. Dadurch wurde die dringende Notwendigkeit verdeutlicht, dass Regierungen proaktiv Investitionen in effektive globale Reaktionen auf transnationale Herausforderungen auf den Weg bringen und die systemischen Barrieren beseitigen müssen, um jetzt extreme Armut beenden zu können.

UM JETZT SYSTEME, DIE MENSCHEN IN ARMUT HALTEN, ZU ÜBERWINDEN, FORDERT GLOBAL CITIZEN FOLGENDES:

Gerechte Impfstoffverteilung

- Mindestens 70 % der Menschen in jedem Land sollten bis Mitte des Jahres 2022 eine Grundimmunisierung gegen COVID-19 erhalten (typischerweise zwei Impfdosen).
- Eine nachhaltige Impfstoffversorgung und der Zugang zu Impfstoffen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen muss sichergestellt werden, um das Auftreten neuer COVID-19-Varianten zu verhindern und um auch künftig einen Schutz vor neuen gefährlichen Erkrankungen zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen müssen die lokale Produktion ausgebaut (mit genügend Kapazitäten, um mindestens 16 Millionen Dosen weltweit innerhalb eines einzelnen Jahres zu produzieren) und Gesundheitssysteme gestärkt werden.
- Regierungen weltweit sollten die gemeinsame Nutzung des geistigen Eigentums (IP) ermöglichen, und zwar unter Einbezug der WTO und indem Pharmaunternehmen zur Kooperation bewegt werden. Insbesondere die US-Regierung sollte diese Maßnahmen unterstützen, indem sie ihre Unterstützung für einen IP-Waiver konkretisiert und darauf drängt, dass das Unternehmen Moderna (das seine Impfstofftechnologie gemeinsam mit den U.S. National Institutes of Health entwickelt hat) einem Austausch von Daten und Know-how zustimmt.
- Regierungen weltweit sollten die finanzielle und technische Unterstützung zur Verfügung stellen, um beim Aufbau von mRNA-Technologie-Transferhubs zu unterstützen sowie lokale und regionale Produktionskapazitäten zu erhöhen. Außerdem müssen Regierungen dabei helfen, ein nachhaltiges Geschäftsmodell für diese Initiativen für die Zeit nach der Pandemie zu entwickeln, in Koordination mit Institutionen wie Gavi und UNICEF.
- Die G7 und die EU müssen ihre Zusagen

für die Abgabe von Impfdosen so früh wie möglich innerhalb des Jahres 2022 erfüllen, in Zusammenarbeit mit den einzelnen Ländern und COVAX. Dabei darf es nicht zur Abgabe von Impfdosen kommen, deren Verfallsdatum kurz bevorsteht.

- Regierungen und Pharmaunternehmen sollten Prognosen für die Impfstoffproduktion (aktuelle Produktion und potenzielle Kapazität), Verträge (einschließlich der Preisangaben) sowie Informationen zur Verteilung und Abgabe von Impfdosen veröffentlichen. Dies ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass mindestens 70 % der Bevölkerung in jedem Land eine Grundimmunisierung erhalten und um Lücken bei der Impfstoffversorgung zu identifizieren.

Gerechte Verteilung finanzieller Mittel

- Regierungen und private Geber sollten mindestens 2,34 Milliarden US-Dollar für UNICEF und 1,15 Milliarden US-Dollar für Gavi bereitstellen, um den Finanzierungsbedarf des Access to COVID-19 Tools Accelerator (ACT-A) einschließlich seiner Impfstoffsäule COVAX zu decken. Durch die Bereitstellung dieser Mittel kann die Auslieferung von COVID-19-Impfstoffen, Tests, Medikamenten und Schutzausrüstung vor Ort sowie der Einbezug lokaler Gemeinden unterstützt werden.
- Regierungen sollten mindestens 6,8 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Finanzmitteln bereitstellen, die für die Auslieferung von COVID-19 Medizinprodukten vor Ort benötigt werden. Dies würde Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen ermöglichen, Investitionen in die Lieferketteninfrastruktur, in das Personal im Gesundheitswesen und in sonstige Bereiche zu tätigen.
- Die G20-Staaten und die EU-Mitgliedsländer sollten das 100-Milliarden-Dollar-Ziel dieses Jahr nicht nur erreichen, sondern übertreffen, indem sie mindestens

25 % ihrer neuen Sonderziehungsrechte (SZR) umverteilen oder einen äquivalenten Finanzierungsbetrag bereitstellen. Die Unterstützung durch neu zugewiesene SZR muss zusätzlich zum 0,7 %-ODA-Ziel geleistet werden und zu äußerst günstigen Konditionen bzw. unter Unterschreitung des Marktkurses erfolgen. Diejenigen G20-Staaten und EU-Mitgliedsländer, die mit dem IWF und Entwicklungsbanken zusammenarbeiten, müssen sich für die Einrichtung der erforderlichen Mechanismen einsetzen, sodass die Länder einen schnellen Zugang zu Finanzierungen zu fairen Bedingungen erhalten können.

- Regierungen, einschließlich nicht-traditioneller oder neuer staatlicher Geber, müssen das UN-Ziel zur Bereitstellung von 0,7 % des BNE für ODA einhalten oder übertreffen und über ihre ODA-Mittel transparent und in regelmäßigen Abständen Bericht erstatten. Regierungen sollten neue Steuern einführen, um neue, stabile Finanzierungsquellen für globale öffentliche Güter zu erschließen. Dafür gibt es mehrere Optionen, insbesondere eine Finanztransaktionssteuer (FTT), durch die Milliarden an Geldern mobilisiert werden könnten. Gleichzeitig könnten sich daraus auch andere Vorteile ergeben wie die Besteuerung von unterbesteuerten Konzernen oder Sektoren und eine positive Beeinflussung des Verhaltens. Andere Möglichkeiten, die von einer Gruppe von Vorreiterländern eingeführt werden und deren Einnahmen an Investitionen in die globale Gesundheitsversorgung und Klimaschutz gekoppelt werden könnten, sind eine Vermögensteuer, Kohlendioxidsteuer oder sonstige Energiesteuern, wie z.B. im Zusammenhang mit dem Flugverkehr und Schiffstransport.
- Die G20-Staaten sollten die ärmsten Länder dabei unterstützen, ihre Finanzverwaltung zu verbessern, durch Personalaufstockung, die Überprüfung von Besteuerungsabkommen und Steuerbefreiungsregelungen sowie durch technische Unterstützung, wie sie beispielsweise von [Tax Inspectors Without Borders](#) zur Verfügung gestellt wird.³⁶

- Die G20-Staaten sollten sicherstellen, dass die laufenden globalen Steuerreformen allen Ländern, einschließlich der ärmsten Länder, zugutekommen – durch die Vereinfachung der Vorschriften und die Neuzuteilung der Besteuerungsrechte hinsichtlich der Gesamtgewinne von multinationalen Unternehmen (und nicht nur der verbleibenden Gewinne) zugunsten von sogenannten Marktjurisdiktionen. Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass die multinationalen Unternehmen die Steuerbeträge zahlen, die sie auch zahlen sollten, und nicht nur in dem Land, in dem sie ihren Sitz haben, sondern auch in all den Ländern, in denen sie Kund*innen haben, d.h. in den Marktjurisdiktionen, die ansonsten im Rahmen dieser potenziell historischen Reform das Nachsehen haben würden.

Was kann der Privatsektor tun?

- Moderna und Pfizer/BioNTech müssen ihre Technologien, Daten und ihr Know-how teilen, um einen Ausbau der Produktion durch weitere Hersteller und regionale Produktionshubs im globalen Süden zu erreichen. Dadurch könnte beispielsweise der Zeitraum in dem der mRNA-Hub der WHO in Südafrika einen zugelassenen COVID-19-Impfstoff produzieren kann, von drei Jahren auf ein Jahr verkürzt werden.³⁷



“Wenn wir die Luft, das Wasser und den Boden verschmutzen, die uns am Leben und gesund halten, und die Biodiversität vernichten, die ermöglicht, dass unsere natürlichen Systeme funktionieren, wird uns kein Geld der Welt mehr retten.”

David Suzuki, Umweltaktivist und Akademiker,
Kanada

JETZT Klimaschutzmaßnahmen ergreifen

Um jetzt extreme Armut zu beenden, ist es unerlässlich, die Klimakrise aufzuhalten und sicherzustellen, dass jeder Mensch vor dessen lebensbedrohlichen Konsequenzen geschützt wird. Glücklicherweise wird der Übergang zu kohlenstoffarmen Energiesystemen sowohl wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen als auch bei der Bekämpfung der Armut helfen – wenn dieser Plan auf sinnvolle Weise angegangen wird.

In Armut lebende Menschen und die Bevölkerung im Globalen Süden sind unverhältnismäßig stark durch die Klimakrise betroffen und es fehlt ihnen an Ressourcen, um die mit der Klimakrise verbundenen Erschütterungen ihres Lebens zu bewältigen. Die Klimakrise hat die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen einkommensstärkeren und -schwächeren Ländern seit 1961 um 25 % verschärft,³⁸ und sie könnte dazu führen, dass weitere 132 Millionen Menschen bis zum Jahr 2030 in extreme Armut getrieben werden.³⁹

Laetania Belai Djandam – junge Klimaaktivistin

Für die indigenen Völker auf der Insel Borneo stellt die Klimakrise eine unmittelbare Bedrohung ihrer Existenz dar. Deshalb setzt sich Laetania Belai Djandam, eine jugendliche Klimaaktivistin des Climate Reality Project, für die Gemeinschaften in West-Borneo ein, damit sie das volle Verfügungsrecht über ihr angestammtes Land einschließlich des Bodens, der Flüsse und der Wälder erhalten.

“Wir bauen alle unsere Lebensmittel selbst an, einschließlich Reis”, sagt Djandam. “Aufgrund der veränderten Wetterbedingungen fallen viele Ernten geringer aus als früher. Und es gibt oft nicht genug Nahrung für die ganze Gemeinschaft.”

Als Djandam sieben Jahre alt war, nahm sie erstmals freiwillig an einem Flussreinigungsprojekt teil. Mit 17 Jahren beobachtete sie, wie sich das Dayak-Iban-Volk von Sungai Utik gegen illegale Abholzung und Palmölproduktion wehrte. Sie wurde Teil des Teams, das internationale Aufmerksamkeit auf ihre Kampagne für Landrechte lenkte und den Äquatorpreis der Vereinten Nationen und den indonesischen Kalpataru-Preis gewann. Im Jahr 2020, nach 40-jährigem Kampf, wurden die Landrechte gesichert.

“Wie können wir diese Rechte in einen dauerhaften Wandel umändern, der der Gemeinschaft zugute kommt?”, fragte sie.

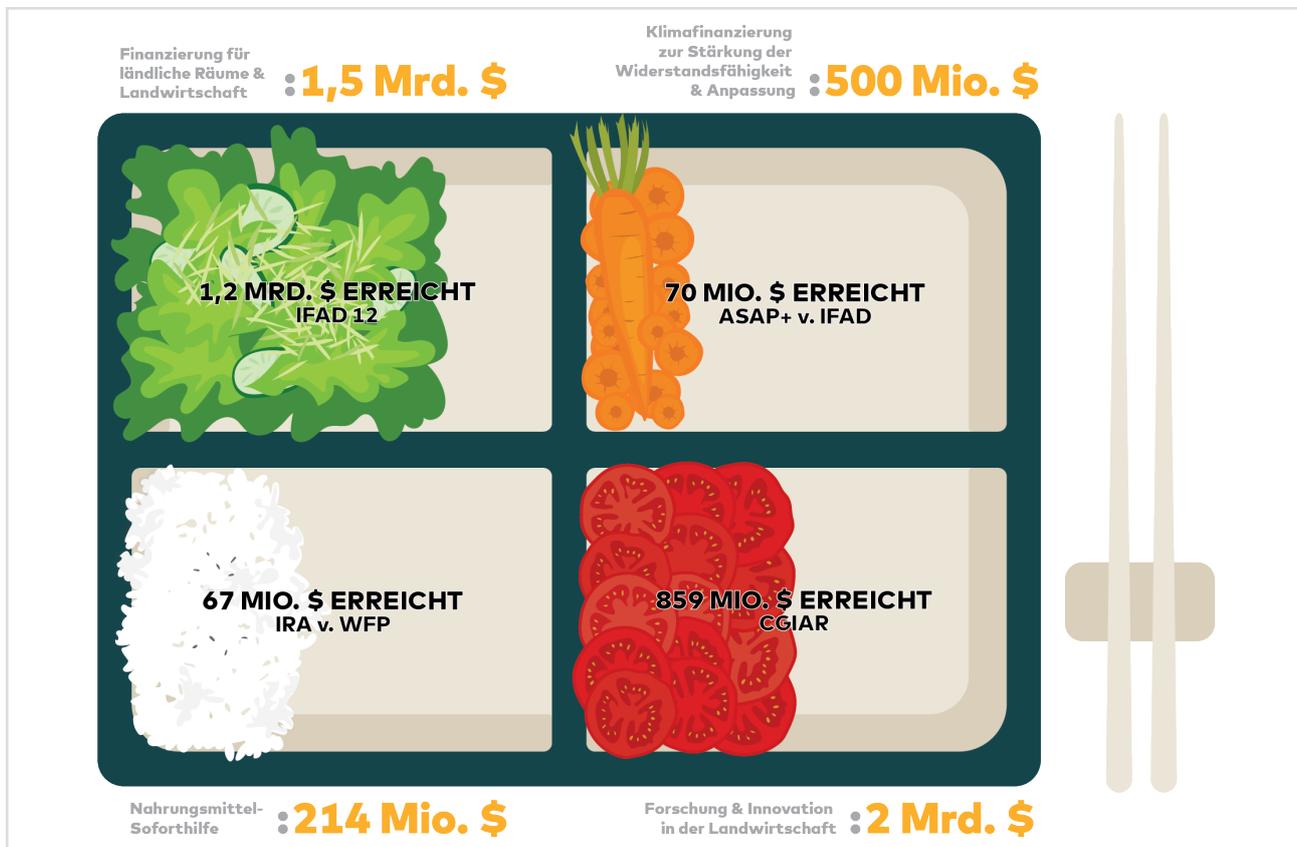
Seitdem hat sie an Waldbewirtschaftungsplänen mitgearbeitet, die es den Gemeinden ermöglichen, die natürlichen Ressourcen zu schützen und gleichzeitig Einkommen zu erzielen.

Die Fähigkeit der Wälder, Kohlenstoffdioxid zu speichern, macht sie zum Schlüssel für die Abschwächung der Klimakrise. Doch sie werden weltweit abgeholzt.

“In Indonesien haben wir so viele Vorteile”, sagt Djandam. “Mit unseren Tropenwäldern und Torfgebieten sind wir eines der vielfältigsten Länder. Die Regierung muss dem Schutz, der Wiederherstellung und der Erhaltung dieser Vielfalt Priorität einräumen.”

Abbildung 4. Worin besteht das Ziel? Transformation der Ernährungssysteme im Jahr 2022.

Die Finanzierungsmechanismen werden dazu führen, dass Leben gerettet und Ernährungssysteme widerstandsfähiger werden: die zwölfte Wiederauffüllung von IFAD, um die Wirkung für ländliche Gebiete und die Landwirtschaft zu verdoppeln; das ASAP+ Programm von IFAD für ländliche Resilienz und Anpassung, um 10 Millionen Menschen zu erreichen; WFPs Immediate Response Account (IRA) für Krisen; und CGIAR Agrarforschung und Innovation, um 500 Millionen Kleinbäuer*innen zu erreichen.^{43,44,45,46,47}



Obwohl die einkommensschwächsten Länder die Hauptlast der Klimakrise tragen, haben sie aus historischer Perspektive am wenigsten zur Zerstörung unserer Umwelt beigetragen. Beispielsweise sind [die afrikanischen Länder nur für 4 %](#) der globalen Kohlendioxidemissionen verantwortlich,⁴⁰ aber der afrikanische Kontinent leidet unter zunehmend starken Dürren, Wüstenbildung und extremen Wetterverhältnissen, die in Verbindung mit der Klimakrise stehen.

Eine der Konsequenzen des sich wandelnden Klimas ist der globale Hunger (siehe Abbildung 4), der ein Rekordniveau erreicht hat – mit [45 Millionen Menschen am Rande des Hungertodes](#) zum Ende Jahres 2021.⁴¹ Es wird erwartet, dass zusätzliche [189 Millionen Menschen](#) an Hunger leiden werden, wenn die globalen Durchschnittstemperaturen um 2°C über das vorindustrielle Niveau steigen.

Wenn die Temperaturen sogar um 4°C steigen, könnte eine erschreckende Anzahl von [1,8 Milliarden Menschen der Hungerkrise ausgesetzt sein](#).⁴²

Leider wurden lokale Lösungen, die auf Gerechtigkeit basieren, bisher nicht in die Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimakrise und die Bewältigung der damit verbundenen Probleme einbezogen, wie z.B. bei der Ernährungsunsicherheit und Wasserknappheit. Kleinbäuer*innen sowie ländliche Gemeinden, die von der Landwirtschaft abhängig sind, sind Bewahrer*innen der Umwelt. Die Welt benötigt einen [neuen Konsens](#),⁴⁸ der auf ihre Ernährungssicherheit und ihren Lebensunterhalt fokussiert ist, eine Anpassung an die Bedingungen der Klimakrise ermöglicht und zu einer Trendumkehr bezüglich des zunehmenden Hungers führt.^{49,50}

Einkommensstarke Länder müssen jetzt viel ehrgeizigere Maßnahmen ergreifen, um die Klimakrise aufzuhalten und dem Bedarf der direkt betroffenen Menschen gerecht zu werden. Die Staats- und Regierungschef*innen müssen die Umwelt schützen, indem die Erwärmung auf 1,5°C begrenzt wird, Finanzmittel für die Abmilderung der Folgen von und Anpassung an die Klimakrise zur Verfügung gestellt werden und die Natur geschützt wird, damit die Natur letztendlich uns alle retten kann.

Von entscheidender Bedeutung ist, dass direkt betroffene Menschen und die vulnerablen Bevölkerungsgruppen in diesem Zusammenhang konsultiert werden. Ihre Bedürfnisse müssen höchste Priorität bei allen Entscheidungen haben, die sie betreffen.

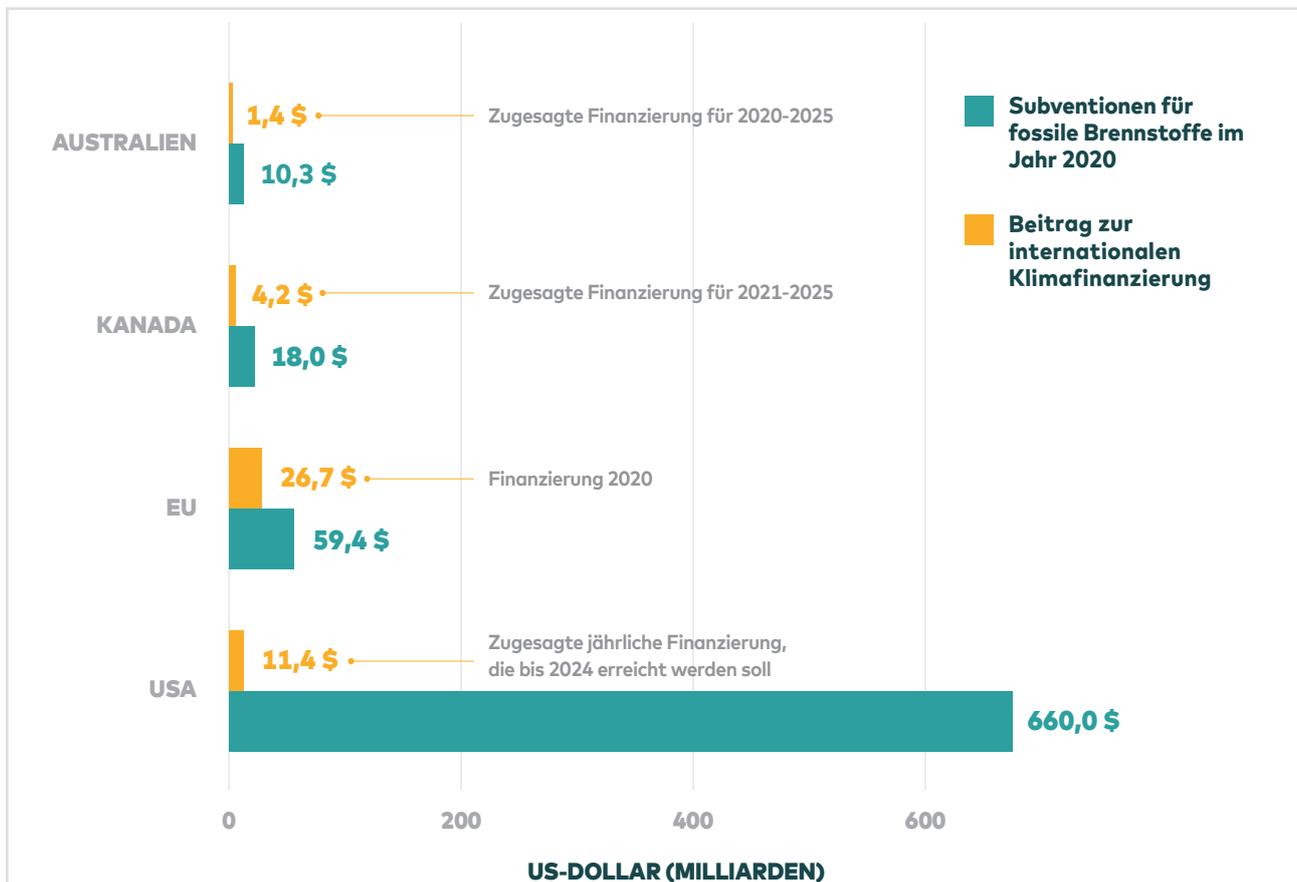
Die Klimakrise stoppen, die Erwärmung auf 1,5°C begrenzen

Um irreversible Schäden in Bezug auf unsere Umwelt und Katastrophen wie eine massive Bevölkerungsabwanderung und globalen Hunger zu vermeiden, müssen wir den globalen Temperaturanstieg auf maximal 1,5°C begrenzen. Sogar mit den neuen Zusagen, die im Rahmen der COP26 im Jahr 2021 gemacht wurden, ist zu erwarten, dass die 1,5°C bis 2030 überschritten werden und eine Erwärmung von +2,4°C⁵¹ bis zum Ende des Jahrhunderts eintreten wird.

Um dies zu verhindern, ist sofortiges Handeln erforderlich. Regierungen müssen sich unverzüglich bereit erklären, ihren Teil zur Reduzierung der Emissionen beizutragen, indem sie ihre national festgelegten Beiträge

Abbildung 5. Subventionen für fossile Brennstoffe und internationale Klimafinanzierung

Vergleich der Ausgaben für Subventionen für fossile Brennstoffe (2020) und der Ausgaben für Klimafinanzierung für die USA, Australien, Kanada und die Europäische Union (Institutionen und Mitgliedstaaten).^{61,62,63,64,65,66,67,68}



erbringen (NDCs) und diese in konkreten nationalen Aktionsplänen zum Klimaschutz umsetzen. Die größten Emittenten tragen die größte Verantwortung zum Handeln, was insbesondere die historisch stärksten Emittenten von Treibhausgasen betrifft. Lediglich 23 reiche Länder sind für einen Anteil von 50 % an den globalen historischen Emissionen verantwortlich.⁵² Diese Länder haben das Budget für die Kohlenstoffemissionen der Welt bereits fast vollständig aufgebraucht. Hierbei handelt es sich um die Schwelle für die Kohlendioxidemissionen, nach deren Überschreitung es unmöglich sein wird, die globale Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen.

Um den politischen Ehrgeiz bei allen starken Emittenten zu erhöhen, ist eine kollektive G20-Maßnahme erforderlich – beginnend mit der Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe bis hin zum Baustopp für neue Kohlekraftwerke. Auf gewissenlose Weise haben diverse starke Emittenten wie die USA, Australien, Kanada und die EU im Jahr 2020 mehr für Subventionen für fossile Brennstoffe ausgegeben als für die internationale Klimafinanzierung (siehe Abbildung 5).^{53,54,55,56,57,58,59,60} Die wirtschaftlichen Subventionen für die Erschließung, Produktion und den Verbrauch von fossilen Brennstoffen müssen in saubere Energiesysteme und die ökologische Erholung reinvestiert werden. Das Abrücken von fossilen Brennstoffen muss mit Plänen für einen fairen Übergang einhergehen, die sicherstellen, dass denjenigen Menschen, die gegenwärtig von der fossilen Brennstoffindustrie für ihren Lebensunterhalt abhängig sind, Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um den Übergang zu nachhaltigen Berufsfeldern und Gütern zu ermöglichen.

Außerdem sollte eine Gruppe von Vorreiterländern einen angemessenen Preis für Kohlenstoffemissionen festlegen,

der im Einklang mit dem 1,5°C-Ziel steht. Dadurch wären Unternehmen gezwungen, die Kosten von Umweltschäden in ihre Produktionsentscheidungen einzubeziehen,⁶⁹ was wiederum zu einer Reduzierung von Emissionen führen wird. Jeglicher Preisgestaltungsmechanismus im Zusammenhang mit den Kohlenstoffemissionen muss auf eine Weise konzipiert sein, dass einkommensschwächere Länder fair behandelt werden. Die daraus resultierenden Einnahmen sollten in die internationale Klimafinanzierung geleitet werden.

Allerdings reichen die staatlichen Maßnahmen auf nationaler Ebene nicht aus. Auch Städte, subnationale Regierungen und Konzerne müssen die Verantwortung dafür übernehmen, dass die [wissenschaftsbasierten Zielwerte](#)⁷⁰ eingehalten werden, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen. Im globalen Rahmen sind Städte für 75 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich,⁷¹ und allein die 10.000 öffentlich gelisteten Unternehmen in aller Welt verursachen [40 % der Emissionen](#).⁷²

Angemessene Zuordnung der Klimafinanzierung zur Unterstützung einkommensschwacher Länder

Die Klimakrise hat bereits jetzt verheerende Auswirkungen für unsere Umwelt. Die Menschen, die in Armut leben, sind am wenigsten in der Lage, den Erschütterungen standzuhalten, die durch die Klimakrise verursacht werden. Sie benötigen finanzielle Unterstützung, die bei der Anpassung an die sich veränderte Welt helfen. Allerdings sind die Anpassungskosten in einkommensschwächeren Ländern, insbesondere in den ärmsten Ländern und in den kleinen Inselstaaten, 5- bis 10-mal höher als die aktuell für Anpassungsmaßnahmen bereitgestellten öffentlichen Mittel.⁷³

Die reichsten Nationen der Welt haben vor mehr als einem Jahrzehnt zugesagt, 100

Milliarden US-Dollar pro Jahr zu mobilisieren, um die ärmeren Länder dabei zu unterstützen, die Folgen der Klimakrise abzumildern und sich an den Klimawandel anzupassen.⁷⁴ Bis zum Ende des Jahres 2021 fehlten aber immer noch 10-15 Milliarden US-Dollar, die zur Einhaltung dieses Versprechens von den reichen Nationen hätten bereitgestellt werden müssen. Zur Einordnung: 15 Milliarden US-Dollar entsprechen gerade einmal 2 % des US-amerikanischen Verteidigungsbudgets.⁷⁵

Die reichen Länder müssen ihre Zusage bezüglich der Bereitstellung von 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr unverzüglich erfüllen – und nicht erst ab 2023 oder sogar noch später, wie es den aktuellen Planungen entspricht.⁷⁶ Ihre Beiträge müssen ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft entsprechen und zusätzlich zu den aktuellen Ausgaben für die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) geleistet werden.⁷⁷ Die zusätzliche Finanzierung sollte hauptsächlich für Anpassungsmaßnahmen genutzt werden, da die Auswirkungen der Klimakrise bereits jetzt zu spüren sind.⁷⁸ Im Jahr 2019 wurden jedoch nur 25 % der Gelder der internationalen Klimafinanzierung für Anpassungsbemühungen genutzt,⁷⁹ was weit unter dem Ziel von 50 % liegt. Ein weiteres Problem für die ärmsten Länder, die häufig unter Überschuldung leiden, besteht darin, dass lediglich etwa 27 % der internationalen Klimafinanzierung in Form von Finanzhilfen⁸⁰ anstelle von Krediten bereitgestellt wurden, welche ihre Verschuldung nur noch mehr erhöht.

Anpassungsfinanzierungen werden insbesondere von den ländlichen Gemeinden und Kleinbäuer*innen benötigt, die unter Ernteausfällen und Viehbestandsverlusten leiden. Ihre Nahrungsmittelsicherheit ist gefährdet, obwohl es sich bei ihnen um diejenigen Akteure handelt, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben. Bäuer*innen sowie Fischer*innen sind die Bewahrer*innen unserer natürlichen Ressourcen und in der

Ära der Klimakrise, der Pandemie und des Rückgangs der Biodiversität können sie eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung der Umweltzerstörung und des Klimawandels spielen, wenn sie angemessene Unterstützung erhalten.

Die Unterstützung von Kleinbäuer*innen und die Ermöglichung von landwirtschaftlichen Innovationen durch internationale Klimafinanzierung sind von wesentlicher Bedeutung, um Armut zu reduzieren, was beispielsweise durch den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) realisiert wird.⁸¹ Beim [IFAD](#) handelt es sich um die einzige internationale Finanzinstitution der UN im globalen Rahmen und das Ziel dieser Institution besteht darin, einkommensschwache Länder, die mit Armut und Hunger zu kämpfen haben, in ländlichen Gebieten zu unterstützen - unter direkter Fokussierung auf Kleinbäuer*innen. Die Klimafinanzierung sollte außerdem auf landwirtschaftliche Innovationen ausgerichtet sein, wie z.B. die [CGIAR-Forschung](#),⁸² die unmittelbar für die Transformation der Landwirtschaft durch die Grüne Revolution verantwortlich war und so unzählige Menschen vor dem Verhungern gerettet hat.

Die Klimafinanzierung kann außerdem bei der Stilllegung von Kohlekraftwerken und beim Einsatz erneuerbarer Energien helfen und einen fairen Übergang unterstützen, bei dem sichergestellt wird, dass jeder Mensch Zugang zu umweltfreundlichen Energiequellen erhalten kann. Ein Finanzierungspaket, das vor kurzem zusammen mit Südafrika entwickelt wurde (die Just Energy Transition Partnership⁸³) könnte als Vorlage für ähnliche Programme in Nigeria, Indonesien, Indien, Senegal und weiteren Ländern dienen.

Zusätzlich zu den 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr, die die reichen Länder für Abmilderungs- und Anpassungsmaßnahmen zugesagt

haben, sollten Regierungen damit beginnen, Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um das Problem der „Loss and Damages“ anzugehen. Diese Ressourcen sind für Gemeinden gedacht, die bereits unter der Klimakrise gelitten haben. Schätzungen zufolge werden sich die wirtschaftlichen Kosten im Zusammenhang mit den Verlusten und Schäden bis zum Jahr 2030 auf 290-580 Milliarden US-Dollar belaufen.⁸⁴ Diese Auswirkungen der Klimakrise führen neben katastrophalen wirtschaftlichen Kosten zum Verlust von Leben und irreversiblen Schäden für das Ökosystem. Es werden weitere Studien benötigt, um die Kosten für Verluste und Schäden zu bestimmen, und anschließend muss ein langfristiger Finanzierungsplan aufgestellt werden, um dem Globalen Süden zu helfen.⁸⁵

Schutz der Natur

Die Maßnahmen für die Reduzierung von Emissionen und die Anpassung an den Klimawandel reichen nicht aus. Wir müssen auch in die Kohlenstoffspeicherung durch die Natur investieren, da das aquatische und terrestrische Ökosystem 60 % der vom Menschen verursachten globalen Kohlendioxidemissionen pro Jahr absorbieren kann.⁸⁶

Die Umkehr der Naturzerstörung kann im Umfang von 30 % zu den globalen Maßnahmen beitragen, die erforderlich sind, um die Klimakrise zu bekämpfen.⁸⁷ Allerdings gehen nur weniger als 3 % der globalen Klimafinanzierung in natürliche Klimaschutzlösungen wie die Bewahrung der Biodiversität.⁸⁸ Es ist besonders wichtig, diejenigen Bereiche zu schützen, die unwiederbringlichen Kohlenstoff enthalten. Hierbei handelt es sich um Carboneinlagerungen,⁸⁹ die im Fall einer Freisetzung und eines Verlustes aufgrund von menschlichen Interventionen nicht rechtzeitig wiederhergestellt werden können, aber benötigt werden, um eine Erwärmung von mehr als 1,5°C zu verhindern (siehe Abbildung 6).

Die Zerstörung der natürlichen Ökosysteme hat weitreichende Konsequenzen, die zu einem erhöhten Risiko für zoonotische Erkrankungen (wie COVID-19),⁹¹ Wasser- und Luftverschmutzungen sowie einem Verlust der Biodiversität führen. Die akuten Auswirkungen werden benachteiligte Bevölkerungsgruppen am stärksten beeinträchtigen. Im globalen Rahmen leben etwa 67 % der Menschen, die unter extremer Armut leiden, in ländlichen Gemeinden und sind auf die Natur angewiesen, um sich ihren Lebensunterhalt und ihr Wohlergehen zu sichern.⁹²

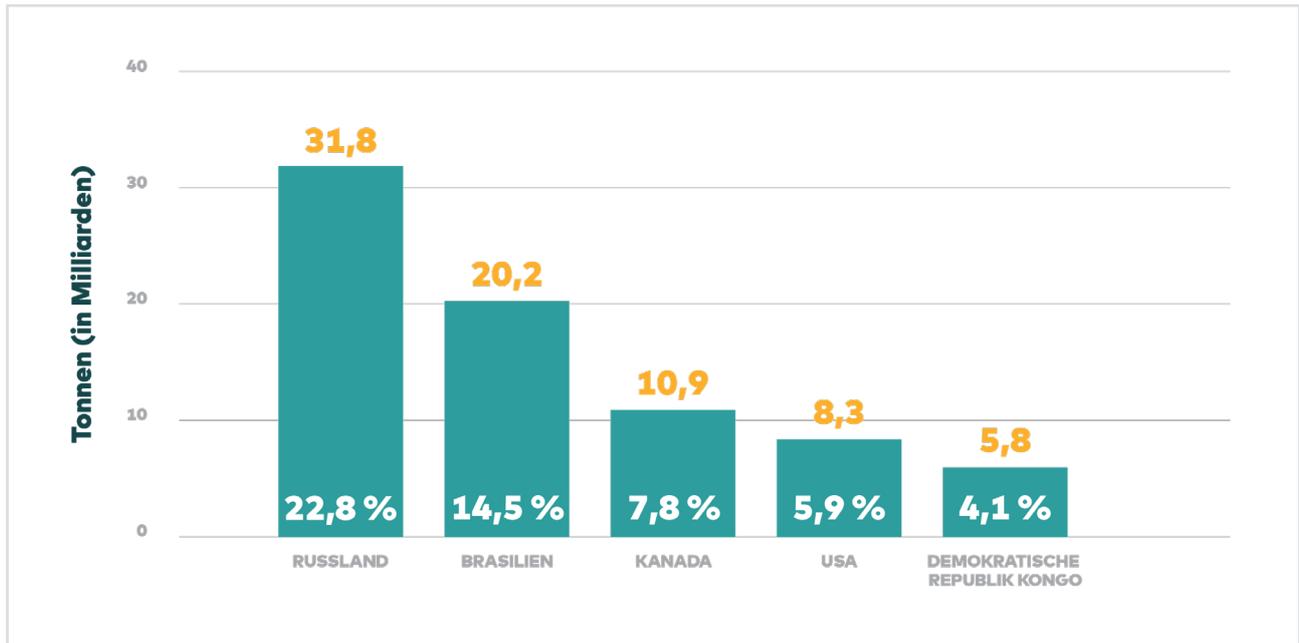
Allein die indigenen Völker bewohnen und bewahren 32 % der Erde und schützen 80 % der Biodiversität unseres Planeten durch gemeinschaftlich durchgeführte Erhaltungsmaßnahmen (siehe Abbildung 7). Durch die Unterstützung der indigenen Bevölkerungsgruppen kann die Welt Biodiversität erhalten und benachteiligte Populationen schützen.^{93,94}

Auch wenn wir dringende Maßnahmen benötigen, um die Natur zu schützen und wiederherzustellen, kann dies nicht als „Lizenz zur Umweltverschmutzung“ verstanden werden. Die Bewahrung der Natur muss stattdessen ein zusätzlicher und notwendiger Schritt im Bereich der Klimaschutzmaßnahmen sein, die von Regierungen und anderen Akteuren ergriffen werden müssen, wie z.B. Unternehmen und subnationalen Regierungen.

Insbesondere können die subnationalen Regierungen die einzige echte Option in Ländern oder Regionen sein, in denen die nationale Regierung keine ausreichenden Klimaschutzmaßnahmen ergriffen hat. Sie können maßgeschneiderte Maßnahmen in Reaktion auf lokale Bedürfnissen ergreifen. Beispielsweise kündigten im Jahr 2021 beim Global Citizen Live Event sechs brasilianische Bundesstaaten ihre Pläne zur Reduzierung von Emissionen, zur Erhöhung der Anzahl

Abbildung 6. Lokalisation des unwiederbringlichen Kohlenstoffs der Erde.

Die Top-5-Länder mit dem größten prozentualen Anteil an unwiederbringlichem Kohlenstoff.⁹⁰

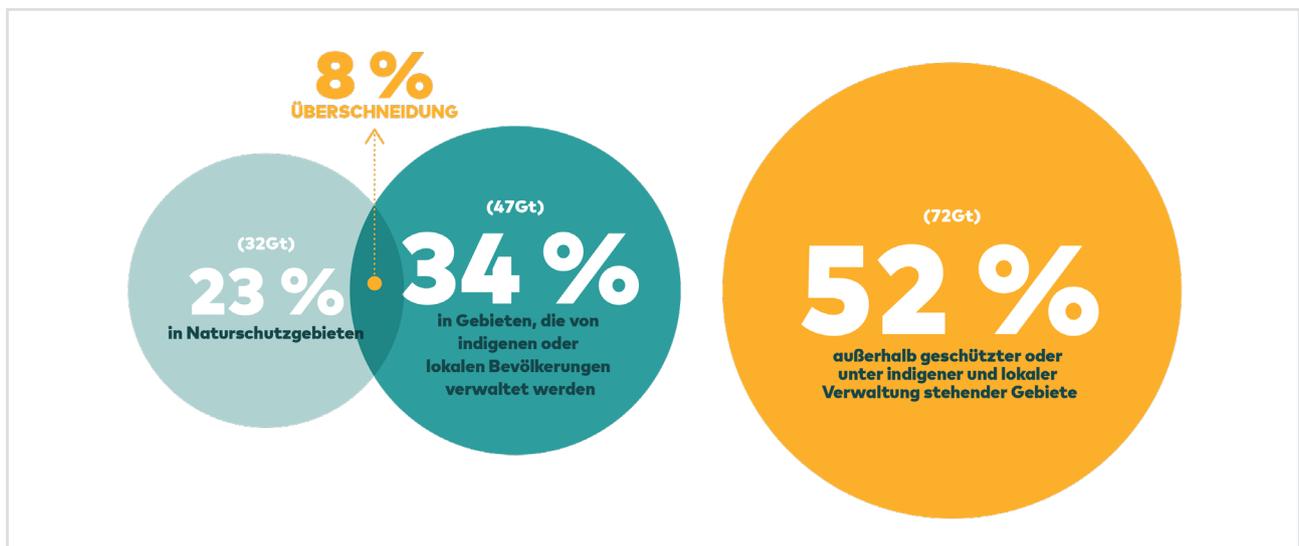


von geschützten Waldgebieten und zur Bereitstellung von zusätzlichen Ressourcen an, um ihren Bevölkerungsgruppen Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel zukommen zu lassen⁹⁶ – wobei all dies Anstrengungen zum Schutz der Natur und der Menschen sind, die bisher auf nationaler Ebene nicht unternommen wurden.

Um jetzt extreme Armut zu beenden, benötigen wir sofortige Maßnahmen, die den Bedürfnissen der Menschen entsprechen, die besonders von der Klimakrise betroffen sind. Sie müssen besonders von den reichsten Ländern ausgehen, bei denen es sich historisch um die größten Umweltverschmutzer handelt. Länder, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, müssen

Abbildung 7. Der aktuelle Erhaltungszustand des unwiederbringlichen Kohlenstoffs der Erde.

Schutz des unwiederbringlichen Kohlenstoffs der Erde durch die indigenen Völker und die lokalen Gemeinden (IPLC).⁹⁵



“Glauben einige der führenden Akteure in dieser Welt wirklich, dass sie allein überleben und erfolgreich sein können? Haben sie nichts aus der Pandemie gelernt? Kann es Frieden und Wohlstand geben, wenn ein Drittel der Welt buchstäblich floriert, während die anderen zwei Drittel der Welt im Belagerungszustand leben, deren Wohlergehen durch eine unheilvolle Entwicklung bedroht ist?”

Mia Mottley, Premierministerin von Barbados

diejenigen Ressourcen zugeteilt bekommen, die dabei helfen können, den Klimawandel aufzuhalten und die Anpassung an die sich verändernde Welt zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen diese eine Führungsrolle bei der Entscheidungsfindung übernehmen, wie diese Ressourcen verwendet werden. Sie müssen rasche Unterstützung erhalten und den Pfad in die Zukunft mitgestalten, um die notwendigen Umstellungen für den Schutz der Natur vorzunehmen, sodass die Natur wiederum uns schützen kann.

Beim Global Citizen Live Event im Jahr 2021 haben sich 13 wichtige multinationale Unternehmen verpflichtet, sich selbst wissenschaftsbasierte Zielwerte aufzuerlegen und an der UN-Kampagne [Race to Zero](#) Campaign teilzunehmen.⁹⁷ Im Jahr 2022 müssen sich noch mehr Unternehmen, insbesondere aus den Hochemissionssektoren am „Race to Zero“ beteiligen und sich zur Einhaltung des 1,5°C Ziels verpflichten.

Bis zum Oktober 2021 hatten sich [40 % der Fortune-500-Unternehmen](#) noch keinerlei Klimaziele gesetzt.⁹⁸ Und von den 60 %, die sich Ziele gesetzt hatten, [berücksichtigten lediglich 25 % wissenschaftsbasierte Zielwerte](#).⁹⁹

Diejenigen Unternehmen, die sich bereits wissenschaftsbasierte Ziele gesetzt haben, sollten diese nun umgehend umsetzen und öffentlich darüber Bericht erstatten, um andere Unternehmen zu ermutigen, ihrem Beispiel zu folgen.

“Man kann sich nicht bis zur Ausrottung anpassen.”

Vanessa Nakate,
Klimaaktivistin, Uganda

UM JETZT KLIMASCHUTZMASSNAHMEN ZU ERGREIFEN, FORDERT GLOBAL CITIZEN FOLGENDES:

Klimawandel aufhalten

- Die Schlüsselländer, bei denen es sich um die größten Emittenten handelt, müssen ihre NDCs erhöhen, um das 1,5°C Ziel zu erreichen. Gleichzeitig müssen sie nationale Gesetze verabschieden, um Maßnahmen zur Emissionsreduzierung umzusetzen. Auch andere Akteure, insbesondere subnationale Regierungen müssen Ziele zur Emissionsreduzierung umsetzen, die im Einklang mit dem 1,5°C-Ziel stehen.
- Die G20-Staaten müssen sich ehrgeizige Zieldaten setzen, um Subventionen für fossile Brennstoffe und den Bau und die Nutzung von Kohlekraftwerken zu beenden. Die Nutzung fossiler Brennstoffe muss im Rahmen einer gerechten und grünen Energiewende beendet werden.
- Die G20-Staaten müssen eine Politik unterstützen, die Anreize zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und zur Emissionsreduzierung setzt, wie z.B. durch die Festlegung eines angemessenen Preises für Kohlenstoffemissionen, die Beschränkung des massenhaften Kaufs von Kohlenstoffemissionsgutschriften und sonstige steuerliche Maßnahmen.

Internationale Klimafinanzierung

- Die G7-Staaten und die EU müssen die Finanzierungslücke in diesem Jahr schließen, um die 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu erreichen, die bis 2025 für die Unterstützung ärmerer Länder bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zugesagt wurden.
 - » Zusätzliche Finanzmittel sollten vorrangig über Zuschüsse statt Darlehen bereitgestellt werden. Sämtliche Darlehen müssen zu besonders günstigen Bedingungen gewährt werden.
 - » Bereitgestellte Mittel sollten zu gleichen Teilen zwischen Schutz- und Anpassungsmaßnahmen aufgeteilt werden.
 - » Bei der COP27 sollten politische Entscheidungsträger*innen in Konsultation mit den klimagefährdeten

Bevölkerungsgruppen ein neues, ehrgeiziges Finanzierungsziel festlegen, das über das Jahr 2025 hinausgeht.

- Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit müssen priorisiert und Mittel für Klimaanpassungsmaßnahmen für ländliche Gemeinden und Kleinbäuer*innen bereitgestellt werden. Dies muss beinhalten:
 - » Die Mobilisierung von zusätzlichen 300 Millionen US-Dollar für den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), um sicherzustellen, dass dieser seine Wirkung bis 2030 verdoppeln kann und die starke Fokussierung auf die bedürftigsten Länder, die dem Risiko eines Zahlungsausfalls ausgesetzt sind, aufrecht erhalten wird.
 - » Die Unterstützung des IFAD-Programms ASAP+ (Enhanced Adaptation for Smallholder Agriculture Programme),¹⁰⁰ das als größter Fonds dienen soll, um Mittel der Klimafinanzierung Kleinbäuer*innen zukommen zu lassen. Die Mobilisierung von 500 Millionen US-Dollar soll dabei der Erhöhung der Resilienz von 10 Millionen vulnerablen Menschen im ländlichen Raum dienen.
 - » Verdoppelung der Investitionen in CGIAR durch die direkte Zuteilung von Mitteln der internationalen Klimafinanzierung mit dem Ziel, innovative landwirtschaftliche Forschungsergebnisse zu generieren und zu einer nachhaltigen, klimaresistenten Welt ohne Hunger und Mangelernährung beizutragen (Ziel 2 Milliarden US-Dollar).
- Die G20-Staaten sollten erste bilaterale Zusagen im Zusammenhang mit "Loss and Damage" machen, wie z.B. im Rahmen des Climate Justice and Resilience Fund.¹⁰¹ Gleichzeitig muss die Forschung zu diesem Thema unterstützt werden, um einen langfristigen Finanzierungsplan aufstellen zu können.

Schutz der Natur

- Die G20-Staaten müssen 30 % des Landes und 30 % der Ozeane und Meere bis 2030 schützen, um den Verlust an Biodiversität aufzuhalten und umzukehren. In enger Konsultation mit indigenen und lokalen Bevölkerungsgruppen muss der Schutz der

kritischsten Regionen priorisiert werden, wie z.B. der Regionen mit unwiederbringlichen Kohlenstoffspeichern¹⁰² und wichtiger Biodiversitätsgebiete¹⁰³ („Key Biodiversity Areas“ laut Definition der International Union for the Conservation of Nature/ IUCN).

- Die subnationalen Regierungen in Ländern mit unwiederbringlichen Kohlenstoffspeichern oder wichtigen Biodiversitätsgebieten müssen diese Gebiete in Kooperation mit den lokalen und indigenen Bevölkerungsgruppen schützen.

Was kann der Privatsektor tun?

- Unternehmen, insbesondere diejenigen, die in Branchen mit hohen Emissionen tätig sind (wie z.B. in der Stahl- und Zementindustrie, die gemeinsam einen Anteil von 15 % zu den globalen jährlichen CO₂-Emissionen beitragen¹⁰⁴), sollten wissenschaftsbasierte Zielwerte für alle Tätigkeitsbereiche festlegen, die im Einklang mit dem Net-Zero Standard der Science-Based Target Initiative stehen.¹⁰⁵ Sie sollten sich außerdem auf die Entwicklung eines Plans für das Erreichen der Emissionsfreiheit konzentrieren, ohne die Emissionsreduzierung hinauszuzögern und ohne sich auf unerprobte künftige Technologien oder Gegenrechnungen schlechter Qualität zu verlassen.
- Der Privatsektor muss seine Kohlenstoffemissionsgutschriften verantwortungsbewusst in rechtmäßige gemeinschaftsbasierte natürliche Klimalösungen investieren, die eine permanente Speicherung von atmosphärischem Kohlenstoff ermöglichen – zusätzlich zur Festlegung eines spezifischen Naturschutz- und Kohlenstoffbindungsziels. Dies sollte in Ergänzung zu den Plänen zur Emissionsreduzierung im Einklang mit wissenschaftsbasierten Zielwerten erfolgen.



“Um unsere Weltwirtschaft wiederaufzubauen und das Leben aller Menschen zu verbessern, müssen Regierungen die Gleichstellung der Geschlechter in ihren Strategien zur wirtschaftlichen Erholung priorisieren. Insbesondere müssen wir Leitlinien zur Kinderbetreuung festlegen, durch die beide Geschlechter besser unterstützt werden und durch die sichergestellt wird, dass Frauen nicht für die Arbeitswelt verloren gehen. Die Unterstützung von Frauen und Mädchen wird nicht nur denjenigen Menschen helfen, die am stärksten von dieser Krise betroffen sind, sondern auch für Stabilität und Chancen für alle sorgen.”

Kristalina Georgieva, geschäftsführende Direktorin, Internationaler Währungsfonds; Christine Lagarde, Präsidentin, Europäische Zentralbank; Ursula von der Leyen, Präsidentin, Europäische Kommission; Ngozi Okonjo-Iweala, Generaldirektorin, Welthandelsorganisation; Baroness Minouche Shafik, Direktorin, London School of Economics und Vera Songwe, Untergeneralsekretärin und Exekutivsekretärin, Wirtschaftskommission für Afrika — Erklärung zur Gleichstellung der Geschlechter, 2021

JETZT Mädchen und junge Frauen stärken

Die COVID-19-Pandemie hat die Ungleichheit der Geschlechter verschärft. Analysen zeigen, [dass Frauen und Mädchen proportional härter von der Pandemie und ihren Folgen getroffen wurden als](#) Männer. Viele Frauen haben ihren Job verloren, sie waren mit größeren Hindernissen konfrontiert, wenn sie Zugang zu Unterstützungsleistungen benötigten, und sie litten unter einer zunehmenden Gefährdung durch geschlechtsspezifische Gewalt.¹⁰⁶

Wahrscheinlich ist keine demographische Gruppe anfälliger in Bezug auf die

Auswirkungen der sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen der letzten beiden Jahre als heranwachsende Mädchen und junge Frauen. Auch wenn die Armutsquoten im Vergleich zwischen [Jungen und Mädchen in der Kindheit ähnlich hoch sind](#), verändert sich das in der Jugend, wenn Mädchen erstmals mehr als Jungen die [Auswirkungen von Armut](#) zu spüren bekommen.¹⁰⁷ Diese Entmachtung kann über Generationen zurückverfolgt werden¹⁰⁸ und führt zu einem Teufelskreis der Armut, aus dem es fast unmöglich ist, ohne direkte Interventionen zu entkommen.

Basirat Ajayi – virtuelle Lehrerin

In einer Zeit, in der mehr als elf Millionen Mädchen aufgrund der COVID-19-Pandemie möglicherweise nicht mehr zur Schule gehen können, verfolgt die nigerianische Mathematiklehrerin Basirat Ajayi einen innovativen Ansatz des Fernunterrichts, um mit ihren Schüler*innen in Kontakt zu bleiben.

Als die Pandemie das Bildungswesen weltweit in Mitleidenschaft zog, gründete Ajayi eine WhatsApp-Gruppe, die sich bald zu einem virtuellen Klassenzimmer entwickelte, das in der Spitze 3.000 Mädchen und Jungen in aller Welt erreichte. Manchmal erstellt sie bis drei Uhr nachts Unterrichtspläne und benotet Arbeiten. Mit ihrem Telefon filmt sie kurze Clips, in denen Konzepte erklärt werden, weist Klassenarbeiten zu und sendet Sprachnotizen, wenn Schüler*innen zusätzliche Hilfe benötigen – alles aus ihrer Überzeugung heraus, dass hochwertige Bildung für alle zugänglich sein sollte.

Ajayi weiß um die Bildungsbarrieren, mit denen Mädchen tagtäglich konfrontiert sind, auch über die Pandemie hinaus. Im Rahmen des Gender-Programms ihrer Schule, einer neuen Initiative, bei der Lehrerinnen die Möglichkeit erhalten, um Mädchen anzusprechen, zu unterstützen und zu beraten, erzählten sie ihr von ihren Erfahrungen, von denen einige die Schule wegen Kinderarbeit, ungeplanter Schwangerschaft und geschlechtsspezifischer Gewalt abgebrochen haben.

Trotz dieser Herausforderungen bleibt sie hoffnungsvoll und setzt sich für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Eltern, Pädagog*innen und führenden Politiker*innen der Welt ein, um sicherzustellen, dass kein Mädchen zurückgelassen wird.

“Bildung ist die stärkste Waffe im Kampf gegen die Armut”, sagt Ajayi. “Die Bildung von Mädchen ist sehr wichtig, weil sie die stärkste Kraft ist, um die Gesellschaft zu verändern und den Kreislauf der Armut in dieser Gesellschaft zu durchbrechen.”

Außerdem sind Mädchen und nichtbinäre Jugendliche [besonders vulnerabel](#), was die vielfältigen und sich überschneidenden Formen von Diskriminierung und Marginalisierung betrifft: Herkunft und ethnische Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität, etwaige Behinderungen und eine Reihe von anderen Merkmalen untergraben immer noch den Fortschritt bei der Gleichstellung der Geschlechter.¹⁰⁹

Um die extreme Armutsspirale für immer zu stoppen, müssen wir diese aus geschlechtsspezifischer Perspektive angehen. Investitionen in Mädchen sind sowohl eine moralisch richtige als auch aus wirtschaftlicher Sicht äußerst wichtige Möglichkeit, um die zu erreichenden Effekte zu maximieren.

Immer mehr Evidenz deutet auf eine gute [Kosteneffizienz](#) und einen positiven Einfluss von Interventionen hin, die spezifisch auf Jugendliche ausgerichtet sind.¹¹⁰ Eine Metaanalyse von Studien, in denen das Wohlergehen von Jugendlichen in verschiedenen Bereichen evaluiert wurde (Gesundheit und Ernährungssicherheit, ein sicheres und unterstützendes Umfeld, Lern- und Beschäftigungsfähigkeit sowie Resilienz), ergab, dass Interventionen in diesen Bereichen im Allgemeinen zu einem Nutzen im Wert von [5 bis 10 US-Dollar](#) im Verhältnis zu jedem aufgewendeten Dollar führen.¹¹¹ Von zentraler Bedeutung ist, dass in dem Fall, wenn die Interventionen intersektionell zwischen diesen Schlüsselbereichen erfolgen, das Kosten-Nutzen-Verhältnis um ein [Vielfaches höher](#) und besonders vorteilhaft für Mädchen ausfällt.¹¹²

Aktuell werden mehr als 400 Millionen US-Dollar benötigt, um die wesentlichen internationalen Mechanismen zu finanzieren, die im Folgenden aufgeführt sind, um Armut von Mädchen zu bekämpfen und Millionen von Frauen mit akutem Bedarf zu erreichen. Die langfristige Herausforderung einer nachhaltigen Finanzierung für diese Entwicklungsinterventionen geht jedoch in den zweistelligen Milliardenbereich. Die führenden Akteure der G7-Staaten sollten sich verpflichten, ein Paket auf den Weg zu bringen, welches den akuten Bedarf in Höhe von 400 Millionen US-Dollar deckt, während

sie sich gleichzeitig auf einen Mehrjahres-Investitionsplan einigen sollten, der 50 Millionen Mädchen und junge Frauen erreicht, einschließlich messbarer Meilensteine und Zielsetzungen. Dazu sollten die Erfüllung der Zusagen, welche hinsichtlich der Bildung von Mädchen im Jahr 2021 getätigt wurden, neue Investitionen in die Gesundheit von Mädchen, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte, sowie neue Verpflichtungen zur Wertschätzung des Pflege- und Betreuungssektors gehören.

Bildungschancen für Mädchen

Bildung ist die eine entscheidende Maßnahme für die Stärkung von Mädchen. Im Jahr 2021 erklärten die G7: „12 Jahre an sicherer und qualitativ hochwertiger Bildung für alle Kinder, und besonders für Mädchen, ist eine der kostengünstigsten und wirkungsvollsten sozialen und wirtschaftlichen Investitionen, die Regierungen und Geber tätigen können.“¹¹³ Bildung stattet die Mädchen mit dem Wissen und den Fähigkeiten aus, die benötigt werden, um sich aus der systembedingten Unterdrückung und der Armutsspirale zu befreien.

Der Zugang zu Bildung für Mädchen hat sich dramatisch verbessert. Die Anzahl der Mädchen in aller Welt, die nicht in die Schule gehen, ist zwischen 2000 und 2018 von 57 Millionen auf 32 Millionen zurückgegangen, was einer Verringerung von 44 % entspricht,¹¹⁴ während sich der Anteil von Frauen in der Hochschulbildung zwischen 1995 und 2000 verdreifacht hat.¹¹⁵ Dennoch hat immer noch ein Drittel der ärmsten Mädchen und jungen Frauen der Welt im Alter von 10 und 19 Jahren niemals eine Schule besucht,¹¹⁶ und in den ländlichen Gebieten in aller Welt besuchen 61 % der Mädchen keine weiterführende Schule.¹¹⁷ Konflikte verschärfen die ungleichen Bildungschancen für Mädchen und in Krisengebieten ist es zweimal so wahrscheinlich, dass sie keine Schule besuchen, im Vergleich zu Mädchen in nicht von Konflikten betroffenen Ländern.¹¹⁸ In Ländern mit niedrigem Einkommen schließen nur 2 % der ärmsten weiblichen Schülerinnen im ländlichen Raum die gymnasiale Oberstufe ab.¹¹⁹

Die COVID-19-Pandemie führte zu Unterbrechungen der Bildungsangebote für bis zu 1,6 Milliarden Schüler*innen.¹²⁰ Der für die Bildung zuständige Direktor von UNICEF, Robert Jenkins, bestätigte, dass „die Unterbrechung der Bildungsangebote zu [größeren Lernverlusten bei Mädchen](#) als bei Jungen führte, sowie zu einem erhöhten Risiko, in Kinderarbeit zu gelangen, geschlechtsspezifische Gewalt zu erleiden, eine Kinderehe eingehen zu müssen und schwanger zu werden.“¹²¹

Weltweit lebt eines von vier Kindern im Schulalter in einem Krisengebiet,¹²² wo die Auswirkungen der durch die Pandemie bedingten Unterbrechungen der Bildungsangebote sogar noch schlimmer sind. Weiterhin gehen jedoch nur 2-4 % der humanitären Hilfe in die Bildung.¹²³ In derartigen Situationen stehen die Mädchen vor multidimensionalen Barrieren, die ihnen den Zugang zu Bildung versperren, wie z.B. die geschlechtsspezifische Diskriminierung oder Traumata aufgrund einer Zwangsumsiedelung.

Trotz der Rückschläge infolge der COVID-19-Pandemie, Krisen und Konflikte sind die richtigen Instrumente vorhanden, um den Kindern und insbesondere den Mädchen dabei zu helfen, eine Chance auf Bildung zu erhalten. [Education Cannot Wait](#)¹²⁴ (ECW) ist ein globaler Fonds, der spezifisch für die Bereitstellung von Bildung in Notsituationen vorgesehen ist. Das Ziel besteht darin, mindestens 60 % der Mädchen über die Projekte zu erreichen, und seit der Einführung im Jahr 2016 konnte im Rahmen dieses Programms mehr als 2,2 Millionen Mädchen dabei geholfen werden, auch in Krisenzeiten weiter zu lernen.¹²⁵

Mit dem ECW-Programm werden die zugrundeliegenden Ursachen angegangen, die Mädchen davon abhalten, die Schule zu besuchen, während gleichzeitig die Integration des Gleichstellungsbewusstseins und der Geschlechterinklusion in die Bildungspolitik und Bildungspraktiken sichergestellt wird.¹²⁶ Außerdem bietet ECW Schüler*innen, insbesondere Mädchen, einen Zugang zu nahrhaften Mahlzeiten, sauberem Wasser sowie zu Sanitäranlagen und

Hygieneeinrichtungen. All dies dient dazu, Lernen zu erleichtern und Bildungsschranken zu beseitigen.¹²⁷

ECW unternimmt derzeit Anstrengungen, sich eine neue Finanzierungsgrundlage für den Zeitraum 2023-2026 zu sichern. Diese soll ermöglichen, dass mindestens 10 Millionen weitere Kinder und Jugendliche in mindestens 25 von einer Krise betroffenen Ländern Lernangebote erhalten.

Sicherstellung der Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit

Investitionen in die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit sind der Schlüssel für die Verringerung von Armut.¹²⁸ Dies trifft besonders auf junge Menschen zu, da eine konsistente und qualitativ hochwertige Ernährung die Regelmäßigkeit von Schulbesuchen erhöht und die Leistungen in der Schule verbessert, die kognitive Entwicklung und die gesundheitsbezogenen Ergebnisse unterstützt und eine Grundlage für die künftigen Erfolge in der Arbeitswelt bildet.¹²⁹ Fast 60 % der Menschen, die unter Ernährungsunsicherheit leiden, sind Frauen und Mädchen.¹³⁰

Die COVID-19-Pandemie hat die globale Hungerkrise noch verschärft. Laut Schätzungen des Welternährungsprogramms werden zur [Abwendung von Hungerkrisen](#) 7 Milliarden US-Dollar erforderlich sein, um 45 Millionen unterstützungsbedürftige Menschen zu erreichen,¹³¹ und internationale Entwicklungsexperten befürchten, dass „[Mädchen am stärksten betroffen sein werden](#).“¹³² Im Jahr 2021 führten der [UN-Weltgipfel zu Ernährungssystemen](#)¹³³ und der „[Nutrition for Growth](#)“-[Gipfel in Tokio](#)¹³⁴ zu wichtigen politischen und finanziellen Zusagen von Regierungen und Interessenvertreter*innen für die Bekämpfung des globalen Hungers und die Verbesserung der Ernährung.^{135,136} Die führenden Kräfte müssen jetzt ihre Zusagen erfüllen, in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, um zu erreichen, dass die Finanzierungen heranwachsende Mädchen und andere Kinder erreichen, die die Hilfe am meisten benötigen.

Investitionen in den Zugang zu modernen Verhütungsmethoden sind ein wichtiger Wegbereiter für die Gleichstellung der Geschlechter und die Bekämpfung von Armut.¹⁴⁴ Sie helfen dabei, dass Mädchen in der Schule bleiben können, nicht zu früh heiraten müssen und eine unerwünschte Schwangerschaft verhindern können. Sie erhöhen zudem das Lebenseinkommen.¹⁴⁵ Und wenn die richtigen Maßnahmen ergriffen werden, können Investitionen in die Gesundheit von heranwachsenden Mädchen zu beeindruckenden wirtschaftlichen Erträgen führen.¹⁴⁶

[Die UNFPA Supplies Partnership](#),¹⁴⁷ bei der es sich um das Aushängeschild des Bereitstellungsprogramms des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) im Zusammenhang mit Produkten für die sexuelle und reproduktive Gesundheit handelt, bietet ein Jahr Familienplanungsleistungen für nur 12 US-Dollar pro Person an.¹⁴⁸ Schätzungen zufolge würde eine zusätzliche Investition von 1 US-Dollar zur Finanzierung des Familienplanungsbedarfs von Frauen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen direkte Einsparungen von 3 US-Dollar an Gesundheitskosten generieren¹⁴⁹ – was bis zu 120 US-Dollar für die Gesamtkosten von Gesundheitsversorgung während des gesamten Lebens bedeuten.¹⁵⁰

Bekämpfung der globalen Kinderbetreuungskrise

Die Kinderbetreuung wird größtenteils von Frauen und Mädchen geleistet, die dadurch davon abgehalten werden, eine berufliche Tätigkeit auszuüben oder ein Bildungsangebot zu nutzen, mit dem sie der Armut entkommen (siehe Abbildung 8). Vor der Pandemie äußerten 606 Millionen Frauen in aller Welt, dass die [Kinderbetreuung](#) der Grund sei, warum sie keinen Beruf ausüben können. Diese Sorge wurde von lediglich 41 Millionen Männern geteilt.¹⁵¹ Gleichzeitig hatten mehr als 40 % aller Kinder weltweit, die das Schulalter noch nicht erreicht hatten, keinen regelmäßigen Zugang zu [qualitativ hochwertiger Betreuung](#), obwohl es sich dabei um einen wesentlichen Faktor für ihre künftige Entwicklung handelt.¹⁵²

Mädchen müssen häufig einen hohen Teil der unbezahlten Tätigkeiten im Haushalt übernehmen, wozu Kinderbetreuungstätigkeiten und andere Aufgaben im Haushalt gehören, und können dadurch keinen Schulabschluss erlangen oder ihre Kindheit genießen. Vor der Pandemie erledigten Mädchen im Alter von 10-14 Jahren durchschnittlich [50 % mehr unbezahlte Arbeit](#) als Jungen.¹⁵⁶ Außerdem war es bei Frauen und Mädchen insgesamt wahrscheinlicher als bei Männern oder Jungen, dass sie von [negativen sozioökonomischen Auswirkungen](#) durch die Pandemie betroffen sein würden, einschließlich einer erhöhten Belastung durch unbezahlte Pflege- bzw. Betreuungstätigkeiten.¹⁵⁷

Aber diese Betreuungskrise kann letztendlich auch zu einer Chance werden. [Angemessene Investitionen](#) in die Pflegewirtschaft bzw. Kinderbetreuung könnten zu zusätzlichen Billionen US-Dollar für die Weltwirtschaft führen und mehr als 43 Millionen Jobs in aller Welt generieren, wobei die betreffenden Arbeitskräfte nicht durch Automatisierung ersetzt werden können.¹⁵⁸

Neue Modelle für Investitionen müssen gefördert werden. Die bevorstehenden Investitionen der Weltbank in die Kinderbetreuung werden die ersten ihrer Art sein, die zur Zusammenarbeit mit Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei der Entwicklung neuer Leitlinien und Programme führen werden, um die Kinderbetreuungskrise anzugehen und Frauen und Mädchen in der Pflege- und Betreuungswirtschaft zu stärken. Außerdem kann der Privatsektor eine wichtige Rolle bei der Einführung von Leitlinien führen, in denen die ungleiche Belastung durch unbezahlte Pflege- und Betreuungstätigkeiten identifiziert und angegangen wird.

Im Juli 2021 [erneuerten die G7-Staaten ihre Zusage](#), dass sie „die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung aller Frauen und Mädchen“ in das Zentrum ihrer Anstrengungen für einen besseren Wiederaufbau stellen werden.¹⁵⁹ 2022 ist das Jahr, in dem dies in die Tat umgesetzt werden sollte: Durch bewusstes Vorgehen und durch Investitionen.

UM JETZT MÄDCHEN UND JUNGE FRAUEN ZU STÄRKEN, FORDERT GLOBAL CITIZEN FOLGENDES:

- Regierungen müssen einen Beitrag zum Erreichen des Finanzierungsziels des Bildungsfonds Education Cannot Wait in Höhe von insgesamt 1 Milliarde US-Dollar für den Zeitraum 2023-2026 leisten. Erste Zusagen müssen dabei im Jahr 2022 erfolgen.
- Regierungen und relevante Organisationen sollten der School Meals Coalition beitreten und Leitlinien zur Unterstützung dieser Koalition festlegen, um die Qualität von Schulmahlzeiten zu verbessern, das Programm im globalen Rahmen zu stärken und 73 Millionen der am stärksten benachteiligten Jugendlichen zu erreichen.¹⁶⁰
- Regierungen und sonstige Interessenvertreter*innen müssen die Zusagen erfüllen, die sie beim UN Food Systems Summit und beim "Nutrition for Growth"-Gipfel in Tokio getätigt haben.
- Regierungen, der Privatsektor und Stiftungen sollten ihre finanziellen Beiträge erhöhen, um die UNFPA Supplies Partnership für den Zeitraum 2021-22 vollumfänglich und mit neuen Zusagen in Höhe von 232 Millionen US-Dollar zu unterstützen.
- Die Regierungen sollten neue finanzielle Mittel in Höhe von 100 Millionen US-Dollar für Investitionen der Weltbank in den Bereich der Kinderbetreuung bereitstellen.

Was kann der Privatsektor tun?

- Unternehmen müssen Leitlinien aufstellen und veröffentlichen, durch die Angestellte mit Pflege- und Betreuungsaufgaben unterstützt werden, wie z.B. durch Zuschüsse zu Kinderbetreuungskosten, bezahltem Erziehungsurlaub und der Förderung von Arbeitszeiteinteilungen, die mit den Pflege- und Betreuungspflichten kompatibel sind.
- Außerdem sollten Unternehmen interne Prüfungen ihrer gesamten Wertschöpfungskette vornehmen, um Lücken bei der unbezahlten Pflege und Betreuung zu identifizieren, und sich verpflichten, die Zulieferer der ersten und zweiten Ebene in die Überlegungen zur Wirtschaftlichkeit und zum Kosten-Nutzen-Verhältnis von Investitionen in die Pflege- und Betreuungsagenda einzubeziehen.
- Der Privatsektor sollte sicherstellen, dass in Werbung und Kampagnen mit geschlechtsspezifischen Stereotypen gebrochen wird, da diese das Problem der Ungleichheiten in der Pflege- und Betreuungsarbeit verschärfen.



"Aktivismus ist
meine Miete, die
ich für das Leben
auf diesem
Planeten zahle."

Alice Walker

Foto von Thomas de Luze

JETZT Zivilgesellschaft schützen

In einer perfekten Welt würde kein Bedarf dafür bestehen, die öffentliche Unterstützung von spezifischen Lösungen für das Ende extremer Armut und deren Ursachen zu intensivieren, da in einer derartigen Welt die Grundbedürfnisse aller Menschen erfüllt und ihre Grundrechte respektiert würden. Leider leben wir jedoch in einer Welt, in der es in vielen Ländern von Seiten der Politik nicht gerade als populär betrachtet wird, die Ursachen von extremer Armut zu bekämpfen.¹⁶¹

Die Beseitigung extremer Armut ist jedoch unmöglich, ohne nachhaltigen Druck auszuüben, was durch effektive Advocacy-Arbeit ermöglicht wird. Um eine Politik auf den Weg zu bringen, von der jeder Mensch profitiert, müssen Vertreter*innen der gefährdeten Bevölkerungsgruppen in der Lage sein, Zugang zu Informationen zu erhalten, an Gesprächen teilzunehmen, Widerspruch zu äußern und sich zu versammeln, um ihre Ansichten kundzutun – ohne Angst vor Einschüchterungsversuchen oder Repressalien zu haben.

Ein offener zivilgesellschaftlicher Raum ermöglicht den Menschen, sich kollektiv zu organisieren und Stimmen Gehör zu verschaffen, die von wesentlicher Bedeutung sind, um die führenden Kräfte in Staaten zur Verantwortung zu ziehen und sicherzustellen, dass sie ihre Versprechen einhalten – insbesondere gegenüber den am stärksten benachteiligten Menschen in aller Welt. Ein funktionierender zivilgesellschaftlicher Raum

ist ein Gegenpol zum Autoritarismus und eine unverzichtbare Voraussetzung für integrative Demokratien, eine gute Governance und nachhaltige Entwicklung.

Von der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und der Stonewall-Bewegung bis zu den Farbenrevolutionen, von Black Lives Matter bis zu #MeToo, vom Wahlrecht bis zum Arbeitsrecht, vom Ende der Apartheid bis zu Fridays for Future, von den Protesten gegen Royal Dutch Shell bis zum gemeinschaftlichen Boykott – in der Geschichte wurden soziale Veränderungen grundsätzlich durch Personen ausgelöst, die ihre Stimme erhoben haben, und durch Menschen, die sich versammelten, um ihre Rechte einzufordern.

Allerdings schrumpfen sowohl die physischen als auch die virtuellen zivilgesellschaftlichen Räume überall und das Recht auf Advocacy als legitimes Mittel zur Erreichung einer sozialen Veränderung ist sowohl in einkommensstarken als auch in einkommensschwachen Ländern Angriffen ausgesetzt. Obwohl neue Technologien die Netzwerke von Aktivist*innen unterstützen, haben sie es gleichzeitig Regierungen ermöglicht, repressive Gesetze zu erlassen, durch die Finanzierungsbeschränkungen umgesetzt sowie Bürgerbewegungen und Medienfreiheit kontrolliert werden können – häufig unter dem Vorwand der Sicherheit und des Vorliegens einer Krisensituation.

“Der Unterschied besteht darin, dass eine lebensbejahende Massenbewegung aufgrund der Tatsache, dass sie nicht von Milliarden oder Technologien abhängig ist, sondern auf den bewährten Ressourcen des menschlichen Geistes basiert, tatsächlich magisch genug wirken kann, um die Gefühle und Gedanken in aller Welt zu ändern.”

Amitav Ghosh, *The Nutmeg's Curse*

Zivilgesellschaft und Advocacy verteidigen: Schutz, Förderung und Beteiligung

Um Advocacy zu verteidigen, müssen Angriffe gegen die Zivilgesellschaft aufhören. Diese Einschüchterungsversuche hält auch andere Menschen davon ab, ihre Stimme zu erheben und zu protestieren, sodass wichtige Stimmen verstummen und letztendlich die zivilgesellschaftlichen Freiheiten und Menschenrechte eingeschränkt werden. [Im Jahr 2020](#) wurden 331 Verteidiger*innen von Menschenrechten in 25 unterschiedlichen Ländern getötet,¹⁶² während für das Jahr 2021 gemeldet wurde, dass 358 Menschenrechtsverteidiger*innen in 35 Ländern ermordet wurden.¹⁶³ Bei diesen Zahlen wird häufig davon ausgegangen, dass sie niedriger sind, als es der Realität entspricht, weil über viele derartige Todesfälle [nicht berichtet wird](#).¹⁶⁴ Darüber hinaus handelt es sich bei den Todesfällen lediglich um die extremste Form der Angriffe. Advocacy-Akteure leiden auch unter Drohungen, körperlichen Angriffen und Onlineattacken, Einschüchterungsversuchen, Diffamierung, Kriminalisierung und anderen Formen der Belästigung, einschließlich prohibitiven Beschränkungen von Spendensammlungen und der Nutzung von Finanzmitteln zur Beteiligung an der öffentlichen Debatte.

Solche gewalttätigen Angriffe und Beschränkungen schaden nicht nur den Menschenrechtsverteidiger*innen und ihren Familien, sondern können auch eine abschreckende Wirkung auf die Aktivitäten anderer Akteure aus der Zivilgesellschaft und für die Bevölkerung im Allgemeinen entfalten sowie zu einer selbst auferlegten Zensur und einem Rückzug aus der Öffentlichkeit führen. Gewalt und Bestrafung normalisieren die Idee, dass Menschen, die ihre Stimme erheben, zwingend unter entsprechenden Folgen zu leiden haben. Die globale öffentliche Wahrnehmung dieser Verbrechen und Verbote muss gehört werden und die öffentlichen und privaten Entscheidungsträger*innen müssen aufgefordert werden, ihre Verpflichtungen im Rahmen der unterschiedlichen globalen Übereinkommen einzuhalten und zu bekräftigen, um weitere Angriffe und Einschüchterungsversuche zu verhindern.

Außerdem wird dadurch ein angemessener zivilgesellschaftlicher Raum durch den Aufbau von Netzwerken zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Bewegungen und Bürger*innen gefördert, der einen freien Gedankenaustausch ermöglicht. Dies geschieht auch durch den Ausbau der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, die den Informationsaustausch erleichtern, sowie durch die Stärkung des legitimen Anspruchs auf das Recht auf Diskussion, Widerspruch, Organisation und Protest.

Und schließlich muss eine signifikante Beteiligung der Zivilgesellschaft bei jeder Entscheidungsfindung und während der Umsetzung politischer Maßnahmen sichergestellt werden. Wohltätigkeitsorganisationen sollten zumindest die gleiche Chance auf Beteiligung am politischen Entscheidungsprozess erhalten wie hochbezahlte Unternehmenslobbyisten. Dies führt zu einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme für Entscheidungen von allen Beteiligten, wodurch Erfolgchancen erhöht werden.

In Reaktion auf die wachsende Bedrohung und die Schrumpfung des zivilgesellschaftlichen Raums wird Global Citizen unmittelbar aktiv werden, um Advocacy und Zivilgesellschaft zu schützen. Menschen aus kleinen zivilgesellschaftlichen Gruppen soll ermöglicht werden, mit Hilfe von Global Citizen ihre Stimme zu erheben – insbesondere Menschen aus dem Globalen Süden und aus Jugendbewegungen, wobei Global Citizen diesen Menschen auch zur Seite stehen und sie verteidigen wird, wenn die Rechtmäßigkeit ihrer Äußerungen angezweifelt oder attackiert werden sollte. Wir werden unsere „Global Citizens“ als individuelle Verteidiger*innen des Rechts auf Advocacy stärken, und die Verteidigung dieses Rechts wird sich wie ein roter Faden durch all unsere Kampagnen und Partnerschaften ziehen.

Während des gesamten Jahres 2022 wird Global Citizen Zivilgesellschaft fördern und verteidigen – im Rahmen unserer Events und Festivals. Unsere jährliche Preisverleihung im Zusammenhang mit dem Global Citizen

Prize wird junge Aktivist*innen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stellen, die daran arbeiten, extreme Armut in ihren eigenen Gemeinden zu beenden und soziale Veränderungen in aller Welt zu fördern. Die Verteidigung des zivilgesellschaftlichen Raums wird als wesentlicher Problembereich auch eine Rolle auf dem Global Citizen Festival im September 2022 spielen, wo Erklärungen von führenden Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft aus aller Welt und Zusagen von Staats- und Regierungschef*innen, politischen Führungen und bekannten Personen aus der Wirtschaft öffentlich übertragen werden.

Für das umgehende Ende extremer Armut und die Beseitigung ihrer strukturellen Ursachen und Risikofaktoren auf nachhaltige Weise wird mehr benötigt als nur eine Zusicherung und Ankündigung, effektive Politik sowie Finanzausgaben umzusetzen. Die Geber müssen Advocacy-Arbeit auch als einen Bereich anerkennen, der einen rechtmäßigen Anspruch auf Unterstützung besitzt – zusätzlich zu den Bestrebungen von Regierungen und des Privatsektors.

Die Sicherstellung eines gesunden zivilgesellschaftlichen Raums sowohl im globalen als auch im lokalen Rahmen, sowohl persönlich als auch online, ist von wesentlicher Bedeutung, damit das Vertrauen in Institutionen zurückgewonnen werden kann und „Global Citizens“ vollumfänglich an Entscheidungen beteiligt werden, die ihr Leben prägen werden.

UM JETZT ZIVILGESELLSCHAFT ZU SCHÜTZEN, WIRD GLOBAL CITIZEN:

- Die bestehenden redaktionellen Kanäle nutzen und neue Möglichkeiten suchen, um lokalen Organisationen eine Plattform zu bieten und dafür zu sorgen, dass insbesondere Aktivist*innen und Verteidiger*innen der Menschenrechte – gerade aus dem Globalen Süden – ihre Stimme erheben können.
- Eine ermutigende Social-Media-Kampagne starten, damit Aktivist*innen und NGOs berichten, was sie veranlasst hat, sich für andere Menschen einzusetzen. Global Citizen wird den Kampagnen-Hashtag aktiv begleiten und auf bestimmte Storys reagieren und deren Wirkung verstärken, die unter dem Hashtag geteilt werden.
- Eine Gesprächsserie auf Clubhouse oder Twitter Spaces für Gespräche mit Aktivist*innen bereitstellen, die darauf ausgerichtet ist, bedeutenden Stimmen eine Plattform zu bieten und die besten Praktiken zu identifizieren, um einen gesunden zivilgesellschaftlichen Raum zu fördern.
- Eine Serie von digitalen Aktionen auf unseren bestehenden Plattformen starten, welche die Wahrnehmung globaler Übereinkommen erhöht und individuellen „Global Citizens“ die Chance gibt, aktiv zu werden, um den zivilgesellschaftlichen Raum zu schützen.
- Spezifische Zusagen von Staats- und Regierungschef*innen dazu einholen, dass sie ihre Verpflichtungen einhalten bzw. daran festhalten, die bürgerlichen Freiheiten zu respektieren und zu fördern – einschließlich der Unterstützung bei der Umsetzung der [UN-Erklärung zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern](#)¹⁶⁵ und sonstiger internationaler und regionaler Rahmenbedingungen.

Was kann der Privatsektor tun?

- Privatunternehmen sollten die [UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](#)¹⁶⁶ in all ihre unternehmerischen Tätigkeiten integrieren und sich verpflichten, dass sie nicht in [SLAPPS](#) (Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung) involviert sein werden.¹⁶⁷ Außerdem sollten sie eigene Leitlinien gegen Vergeltungsmaßnahmen gegenüber Menschenrechtsverteidiger*innen festlegen.

Fazit

Unsere Arbeit hat gerade erst begonnen. Auch wenn es in den letzten Jahren zu Rückschlägen gekommen ist, hat uns die Geschichte gezeigt, dass Fortschritt jederzeit möglich ist. Von der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bis zur Formulierung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen für das Jahr 2030 lässt sich ganz klar ableiten, dass dort, wo ein Wille, auch ein Weg ist. Und dass die Menschheit, wenn sie auf Kooperation setzt, über das Potenzial verfügt, sich zu einer faireren und gerechteren Gemeinschaft zu entwickeln. Es ist gelungen, innerhalb eines Jahres einen lebensrettenden Impfstoff zu entwickeln und mit diesem in Massenproduktion zu gehen. Ein echtes Novum und ein Erfolg, der beweist, dass wir in der Lage sind, bedeutende Veränderungen herbeizuführen und eine nachhaltige Wirkung für diejenigen Gemeinschaften zu erzielen, die diesbezüglich am bedürftigsten sind – wenn wir zusammenarbeiten.

Im Laufe dieses Jahres wird Global Citizen Regierungen, Wohltäter*innen, den Privatsektor, Aktivist*innen – und was am wichtigsten ist – **euch und Sie alle** zusammenbringen, um gemeinsam auf das Ziel hinzuwirken, JETZT extreme Armut zu beseitigen.

Das Global Citizen NOW-Event wird im Mai in New York City stattfinden. Diese Zusammenkunft von 200 Staats- und Regierungschef*innen, kommunalen Führungspersonen, führenden Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, Künstler*innen und Vorkämpfer*innen aus dem Non-Profit-Bereich wird die Gespräche über Lösungsmöglichkeiten für unsere größten Herausforderungen vorbringen, die darin bestehen, unsere Umwelt zu schützen und Armut zu bekämpfen. Später im September werden wir uns im Central Park in New York City zum 10. Jahrestag des Global Citizen Festivals mit Weltstars und Führungspersonlichkeiten aus aller Welt treffen, um eine Plattform für Engagement zu schaffen, die uns dabei helfen kann, JETZT extreme Armut zu beenden. Außerdem werden wir uns mit Staats- und Regierungschef*innen und Grassroot-Aktivist*innen aus aller Welt bei globalen Events treffen, wie z.B. beim G7-Treffen in Deutschland, G20-Treffen in Indonesien und der COP27 in Ägypten.

Ein weiteres Schlüsselement unserer Kampagnenarbeit wird zudem die Mobilisierung innovativer Finanzquellen beinhalten, die uns dem Ziel näherbringen, JETZT extreme Armut zu beenden. Da viele reiche Menschen während der Pandemie immer reicher werden, wird Global Citizen vermehrt Philanthrop*innen mit der Einführung des Global Citizen Impact Funds ansprechen. Dabei handelt es sich um ein zukunftsweisendes Gebermodell, durch das Kapital für Organisationen freigesetzt werden kann, die Ergebnisse mit großer Wirkung vor Ort erzielen können, sowie das Erreichen skalierbarer Ergebnisse auf neuartige, transparente Weise beschleunigt.

Bei all unseren Bestrebungen werden wir die Zivilgesellschaft schützen und Bürger*innen dabei helfen, ihre Stimme zu erheben – insbesondere durch die Bereitstellung unserer Plattform für Stimmen aus kleineren Communities im Globalen Süden. Die von der Zivilgesellschaft angeführte Advocacy-Arbeit muss im Zentrum der Bekämpfung von Armut stehen – sowohl im globalen als auch im regionalen und lokalen Rahmen.

Die Zeit zum Handeln ist genau JETZT.

Unsere Umwelt, unsere Mädchen und jungen Frauen und unsere Zukunft sind es wert, dass in sie investiert wird.

Danksagungen

HAUPTAUTOR*INNEN

Valentina Barbagallo • Cassie Carothers • Mwandwe Chileshe • Talia Fried • Rubén Escalante Hasbún • Filmona Hailemichael • Annabel Lee Hogg • Aaron Holtz • Nikola Ivezaj • Jonah Kanter • Evan Mapes • Katie Munk • Zein Nasser • Jeannette Paulino • Mara Ranville • Friederike Röder • Michael Sheldrick • Joseph Skibbens • Vincent Stueber

DESIGN

Timea Dancs • Katherine Galbo • Andre Kaplan • Julia Lee Mayer • Gabriel Munro • Raef Payne • Izabela Rodzen Olesinski • Shani Sanon • Jenydia Soto • Neminn Win

TRANSLATION

Enrique Corte • Adam Critchley • Orsina Kather • Antoine Le Seigle • Friederike Meister • Rick Nagelschmidt • Erica Sánchez • Anna Savage

Global Citizen bedankt sich für die Beiträge aller Politik- und Kommunikationsteams sowie für die Unterstützung durch die externen Reviewer*innen.

Referenzen

1. Carolina Sánchez-Páramo et al., „COVID-19 leaves a legacy of rising poverty and widening inequality“, World Bank Group, 7. Oktober 2021, <https://blogs.worldbank.org/developmenttalk/covid-19-leaves-legacy-rising-poverty-and-widening-inequality>.
2. M. Ayhan Kose, Franziska Ohnsorge et al., „Global Economic Prospects“, World Bank Group: p. xx, <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/36519/9781464817601.pdf>.
3. Neil Irwin, „World Bank: Gap between rich and poor countries is widening“, Axios, 17. Januar 2022, <https://www.axios.com/world-bank-pandemic-global-inequality-d33371f3-fd1a-4d82-9799-82df353e8572.html>.
4. Justin Trudeau, Sahle-Work Zewde, et al., „The international community must guarantee equal global access to a covid-19 vaccine“, Washington Post, 15. Juli 2020, <https://www.washingtonpost.com/opinions/2020/07/15/international-community-must-guarantee-equal-global-access-covid-19-vaccine/>.
5. Sarah L. Caddy, „COVID-19: How vaccines lower the risk of new variants emerging“, World Economic Forum, 11. Februar 2022, <https://www.weforum.org/agenda/2022/02/from-health-to-the-environment-how-comics-could-drive-behaviour-change-dfa92db51d>.
6. ILO Newsroom, „Employment impact of the pandemic worse than expected“, International Labour Organization, 27. Oktober 2021, https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_824098/lang--en/index.htm.
7. „COVID-19 Data Explorer“, Our World in Data, letzter Zugang am 7. February 2022, <https://ourworldindata.org/explorers/coronavirus-data-explorer?zoomToSelection=true&time=2022-02-07&facet=none&pickerSort=asc&pickerMetric=location&Metric=People+vaccinated+%28by+dose%29&Interval=7-day+rolling+average&Relative+to+Population=true&Color+by+test+positivity=false&country=High+income~Lower+middle+income~Low+income~Upper+middle+income>.
8. Hinweis: Für die Abbildung der LMICs erfolgte die Kalkulation durch die Autoren unter Ausschluss von Indien unter Nutzung der Angaben in Our World in Data.
9. Our World in Data, „COVID-19 Data Explorer“.
10. Our World in Data, „COVID-19 Data Explorer“.
11. Edouard Mathieu (@redouad), „Update: We now project that 118 countries – including Bangladesh, Egypt, Ethiopia, Nigeria, Pakistan, Russia, and the United States – are not on track for the WHO’s target of 70% of the population fully vaccinated by mid-2022.“, Twitter, 20. Januar 2022, <https://twitter.com/redouad/status/1484100918446628864>.
12. COVAX, Zugang zu den Daten am 20. Februar 2022, <https://www.who.int/initiatives/act-accelerator/covax>.
13. „Supply: By Deal or Donation“, Airfinity, letzter Zugang am 13. Januar 2022, <https://www.airfinity.com>.
14. Achal Prabhala and Alain Alsahani, „Pharmaceutical manufacturers across Asia, Africa and Latin America with the technical requirements and quality standards to manufacture mRNA vaccines“, AccessIBSA, 10. Dezember 2021, <https://accessibsa.org/mrna/>.
15. Francesco Guarascio, „Poorer nations reject over 100 mln COVID-19 vaccine doses as many near expiry“, Reuters, 14. Januar 2022, <https://www.reuters.com/business/healthcare-pharmaceuticals/more-than-100-million-covid-19-vaccines-rejected-by-poorer-nations-dec-unicef-2022-01-13/>.
16. OECD (2020), Global Outlook on Financing for Sustainable Development 2021: A New Way to Invest for People and Planet, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/e3c30a9a-en>
17. OECD Publishing, Global Outlook on Financing for Sustainable Development 2021: A New Way to Invest for People and Planet.
18. OECD Publishing, Global Outlook on Financing for Sustainable Development 2021: A New Way to Invest for People and Planet.
19. [Kristalina Georgieva](#), „Urgent Action Needed to Address a Worsening ‘Two-Track’ Recovery“, IMFBlog, 7. Juli 2021.

20. Size of Economic Stimulus in Response to COVID-19 chart: Overseas Development Institute. Country Policy Responses to COVID-19, Stand: 12. August 2020. ODI (Website), 12. August 2020.
21. International Monetary Fund, IMF Managing Director Announces the US\$650 billion SDR Allocation Comes into Effect (IMF Press Release, 23. August 2021).
22. „2021 General SDR Allocation“, International Monetary Fund, letzte Aktualisierung am 23. August 2021, <https://www.imf.org/en/Topics/special-drawing-right/2021-SDR-Allocation>.
23. „G20 Rome Leaders' Declaration“, (G20 Italien, 2021).
24. International Monetary Fund, „2021 General SDR Allocation“.
25. Kristalina Georgieva and Ceyla Pazarbasioglu, „The G20 Common Framework for Debt Treatments Must Be Stepped Up“, IMFBlog, 2. Dezember 2021.
26. IMFBlog, „The G20 Common Framework for Debt Treatments Must Be Stepped Up“
27. OECD DAC, „Total Flows by Donor“, OECD.Stat, letzter Zugang am 17. Februar 2022.
28. „Official Development Assistance (ODA)“, OECD DAC, letzter Zugang am 17. Februar 2022.
29. OECD DAC, „Data update to the 2021 Financing for Sustainable Development Report, following the 13 April release of 2020 ODA data1“, letzter Zugang am 17. Februar 2022.
30. Reality Check Team, „Foreign aid: Who will be hit by the UK government cuts?“, BBC, 8. November 2021, <https://www.bbc.com/news/57362816>.
31. Homi Kharas and Meaghan Dooley, „Status check: Managing debt sustainability and development priorities through a 'Big Push'“, Brookings Global Working Paper #162, Oktober 2021.
32. Bill and Melinda Gates Foundation, „Bill Gates Calls on G20 Leaders Not to Turn Their Backs on the World's Poor“, letzter Zugang am 17. Februar 2022, <https://www.gatesfoundation.org/ideas/media-center/press-releases/2011/11/bill-gates-calls-on-g20-leaders-not-to-turn-their-backs-on-the-worlds-poor>.
33. European Commission, „Implementing enhanced cooperation in the area of financial transaction tax Analysis of policy options and impacts“, Commission Staff Working Document, 14. Februar 2013.
34. United Nations Conference on Trade and Development, „Tackling Illicit Financial Flows for Sustainable Development in Africa“, Economic Development in Africa (Report 2020): S. 181, https://unctad.org/system/files/official-document/aldcafrica2020_en.pdf.
35. „International community strikes a ground-breaking tax deal for the digital age“, OECD, letzter Zugang am 18. Februar 2022, <https://www.oecd.org/tax/international-community-strikes-a-ground-breaking-tax-deal-for-the-digital-age.htm>.
36. Homepage, Tax Inspectors Without Borders, letzter Zugang am 18. February 2022, <http://www.tiwb.org/>.
37. Mrinalika Roy, „Approval of COVID vaccine made in South Africa could take 3 years, WHO says“, Reuters, 5. Februar 2022, <https://www.reuters.com/world/africa/approval-covid-vaccine-made-south-africa-could-take-3-years-who-says-2022-02-04/>.
38. Diffenbaugh, N, and M Burke. Rep. Global Warming Has Increased Global Economic Inequality, n.d.
39. Jafino, B, B Walsh, J Rozenberg, and S Hallegatte. Rep. Revised Estimates of the Impact of Climate Change on Extreme Poverty by 2030. Climate Change Group, 2020.
40. „Climate Change Will Not Be Fixed without Africa.“ Atlantic Council, 29. Oktober 2021. <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/africasource/climate-change-will-not-be-fixed-without-africa/>.
41. „45 Million People at Risk of Famine Require Urgent Intervention: World Food Programme.“ UN World Food Programme. letzter Zugang am 16. Februar 2022. <https://www.wfp.org/stories/45-million-people-are-famines-door>.
42. „Climate Action: World Food Programme.“ UN World Food Programme. letzter Zugang am 17. Februar 2022. <https://www.wfp.org/climate-action#:~:text=If%20average%20global%20temperature%20rises,to%20a%20staggering%201.8%20billion>.
43. „The Enhanced Adaptation for Smallholder Agriculture Programme“, IFAD, letzter Zugang am 21. Februar 2022. <https://www.ifad.org/en/asap-enhanced>.

44. Federica Cerulli Irelli, E-Mail-Korrespondenz mit dem Autor, 14. Februar 2022.
45. Federica Cerulli Irelli, E-Mail-Korrespondenz mit dem Autor, 14. Februar 2022.
46. „Immediate Response Account“, WFP, letzter Zugang am 21. Februar 2022. <https://www.wfp.org/immediate-response-account>.
47. „COP26: Climate Threats to Smallholder Farmers Drive New Investments in CGIAR Research, Pushing 2021 Pledges Close to \$1 Billion“, CGIAR, 2. November 2021. <https://www.cgiar.org/news-events/news/cop26-climate-threats-to-smallholder-farmers-drive-new-investments-in-cgiar-research/>.
48. „Smallholder Farmers Provide the Key to Tackling the Climate Crisis | Ban Ki-Moon“. The Independent. Independent Digital News and Media, 15. Oktober 2021. <https://www.independent.co.uk/climate-change/opinion/hunger-poverty-climate-crisis-food-small-farmers-b1938239.html>.
49. „The Future of Africa’s Food Security Needs a New Consensus with Smallholders.“ CNBC Africa, 9. Februar 2022. <https://www.cnbc.com/2022/the-future-of-africas-food-security-needs-a-new-consensus-with-smallholders/>.
50. „A New Consensus with Smallholder Farmers.“ SDG2 Advocacy Hub. Letzter Zugang am 16. Februar 2022. <https://sdg2advocacyhub.org/actions/new-consensus-smallholder-farmers>.
51. Global update - climate summit momentum - Mai 2021. (n.d.). Letzter Zugang am 5. Januar 2022, https://climateactiontracker.org/documents/853/CAT_2021-05-04_Briefing_Global-Update_Climate-Summit-Momentum.pdf.
52. Andrew, Robbie M, and Glen P Peters. „The Global Carbon Project’s Fossil CO2 Emissions Dataset“, 14. Oktober 2021. <https://zenodo.org/record/5569235#.Yg1nmC-B1N1>.
53. Perry, Ian, Simon Black, and Nate Vernon. Rep. Still Not Getting Energy Prices Right: A Global and Country Update of Fossil Fuel Subsidies. IMF, 2021.
54. „Paying Polluters: How Much Canada Gave in Federal Financial Support for Oil and Gas in 2020.“ Environmental Defence, 10. Mai 2021. <https://environmentaldefence.ca/2021/04/15/paying-polluters-much-canada-gave-federal-financial-support-oil-gas-2020/>.
55. Campbell, Rod, Eliza Littleton, and Alia Armistead. Rep. Fossil Fuel Subsidies in Australia. Australian Institute, 2021.
56. Rep. Report from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions - 2021 Report on the State of the Energy Union - Contribution to the European Green Deal and the Union’s Recovery. Brüssel: European Commission, 2021.
57. „President Biden Renews U.S. Leadership on World Stage at U.N. Climate Conference (COP26).“ The White House. The White House, 1. November 2021. <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/11/01/fact-sheet-president-biden-renews-u-s-leadership-on-world-stage-at-u-n-climate-conference-cop26/>.
58. Canada, Environment and Climate Change. „Government of Canada.“ Canada.ca. / Gouvernement du Canada, 14. Januar 2022. <https://www.canada.ca/en/services/environment/weather/climatechange/canada-international-action/climate-finance.html>.
59. „Australia Raises Climate Finance Pledge: Argus Media“. Commodity & Energy Price Benchmarks, 2. November 2021. <https://www.argusmedia.com/en/news/2269593-australia-raises-climate-finance-pledge>.
60. „Council Approves 2020 Climate Finance Figure.“ Consilium, 29. Oktober 2021. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/10/29/council-approves-2020-climate-finance-figure/>.
61. IMF, Rep. Still Not Getting Energy Prices Right: A Global and Country Update of Fossil Fuel Subsidies.
62. Environmental Defence, „Paying Polluters: How Much Canada Gave in Federal Financial Support for Oil and Gas in 2020.“
63. Australian Institute, Rep. Fossil Fuel Subsidies in Australia.

64. European Commission, Rep. Report from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions - 2021 Report on the State of the Energy Union - Contribution to the European Green Deal and the Union's Recovery.
65. The White House, „President Biden Renews U.S. Leadership on World Stage at U.N. Climate Conference (COP26).“
66. „Government of Canada.“ Canada, Environment and Climate Change
67. Argus Media „Australia Raises Climate Finance Pledge:“ Commodity & Energy Price Benchmarks,
68. Consilium „Council Approves 2020 Climate Finance Figure.“
69. Brookings, „Why the US Should Establish a Carbon Price Either through Reconciliation or Other Legislation.“ <https://www.brookings.edu/research/why-the-us-should-establish-a-carbon-price-either-through-reconciliation-or-other-legislation/>.
70. „Ambitious Corporate Climate Action.“ Science Based Targets. letzter Zugang am 18. Februar 2022. <https://sciencebasedtargets.org/>.
71. Environment, UN. „Cities and Climate Change.“ UNEP. Letzter Zugang am 17. Februar 2022. <https://www.unep.org/explore-topics/resource-efficiency/what-we-do/cities/cities-and-climate-change>.
72. Preston, Felix, and John Ward. Rep. Insights 06: Listed Company Emissions. Generation Investment Management LLP, 2021.
73. Rep. Adaptation Gap Report 2021: The Gathering Storm: Adapting to Climate Change in a Post-Pandemic World. Nairobi: UNEP, 2021.
74. Timperley, Jocelyn. „The Broken \$100-Billion Promise of Climate Finance - and How to Fix It.“ Nature News. Nature Publishing Group, 20. Oktober 2021. <https://www.nature.com/articles/d41586-021-02846-3>.
75. „The Department of Defense Releases the President's Fiscal Year 2022 Defense Budget.“ U.S. Department of Defense, 28. Mai 2021. US DOD. <https://www.defense.gov/News/Releases/Release/Article/2638711/the-department-of-defense-releases-the-presidents-fiscal-year-2022-defense-budg/>.
76. Rep. Climate Finance Provided and Mobilised by Developed Countries: Aggregate Trends Updated with 2019 Data, Climate Finance and the USD 100 Billion Goal. OECD Publishing, 2021.
77. Colenbrander, Sarah, Yue Cao, Laetitia Pettinotti, and Adriana Quevedo. „A Fair Share of Climate Finance: Apportioning Responsibility for the \$100 Billion Climate Finance Goal.“ ODI, 6. September 2021. <https://odi.org/en/publications/a-fair-share-of-climate-finance-apportioning-responsibility-for-the-100-billion-climate-finance-goal/>.
78. Unfccc.int. Letzter Zugang am 17. Februar 2022. <https://unfccc.int/news/antonio-guterres-50-of-all-climate-finance-needed-for-adaptation>.
79. Rep. Climate Finance Provided and Mobilised by Developed Countries: Aggregate Trends Updated with 2019 Data, Climate Finance and the USD 100 Billion Goal. OECD Publishing, 2021.
80. OECD Publishing, Rep. Climate Finance Provided and Mobilised by Developed Countries: Aggregate Trends Updated with 2019 Data, Climate Finance and the USD 100 Billion Goal.
81. „International Fund for Agricultural Development.“ IFAD. Letzter Zugang am 17. Februar 2022. <https://www.ifad.org/en/>.
82. Homepage, CGIAR, letzter Zugang am 16. Februar 2022. <https://www.cgiar.org/>.
83. „Press Corner.“ European Commission - European Commission. Letzter Zugang am 17. Februar 2022. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_5768.
84. Mechler, Richard, Laurens M Bouwer, Thomas Schinko, JoAnne L Bayer, and Swenja Surminks. Rep. Loss and Damage from Climate Change: Concepts, Methods, and Policy Options. SpringerOpen, 2019.
85. Hirsch, Thomas, Mizanur R Bijoy, and Ojelel B Etubi. Rep. Climate Finance for Addressing Loss and Damage: How to Mobilize Support for Developing Countries to Tackle Loss and Damage. Brot für die Welt, 2019.

86. „Wildlands - Re:Wild.“ Re. Letzter Zugang am 17. Februar 2022. <https://www.rewild.org/get-to-know/wildlands>.
87. „Stabilizing Our Climate by Protecting and Restoring Nature.“ Conservation International. Letzter Zugang am 17. Februar 2022.
88. Conservation International, „Stabilizing Our Climate by Protecting and Restoring Nature.“ <https://www.conservation.org/priorities/stabilizing-our-climate-by-protecting-and-restoring-nature>.
89. Goldstein, Allie, Monica Noon, and Juan Carlos Ledezma. Rep. Irrecoverable Carbon: The Places We Must Protect to Avert Climate Catastrophe. Conservation International, 2021.
90. „Irrecoverable Carbon.“ Conservation International. Letzter Zugang am 17. Februar 2022. <https://www.conservation.org/projects/irrecoverable-carbon>.
91. Keesing, Felicia, and Richard Ostfeld. Rep. Impacts of Biodiversity and Biodiversity Loss on Zoonotic Diseases. Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America , 2021.
92. FAD, and Federal Ministry for Economic Cooperation and Development. „World Poverty Clock“, November 2021. <https://worldpoverty.io/map>.
93. Rep. Territories of Life: 2021 Report. ICCA Consortium, 2021.
94. Editors, The. „Biodiversity's Greatest Protectors Need Protection.“ Scientific American. Scientific American, 1. Oktober 2021. <https://www.scientificamerican.com/article/biodiversitys-greatest-protectors-need-protection/#:~:text=The%20home%20ranges%20of%20Indigenous,300%20trillion%20tons%20of%20carbon.&text=Indigenous%20communities%20are%20as%20good,quarter%20of%20Earth's%20terrestrial%20surface>.
95. Goldstein, Allie, Monica Noon, and Juan Carlos Ledezma. Rep. Irrecoverable Carbon: The Places We Must Protect to Avert Climate Catastrophe. Conservation International, 2021.
96. „Global Citizen Live Calls for Action to Halt Climate Change and for Wealthy Countries to Deliver on \$100B Climate Pledge, \$6b for Famine Relief, and Vaccine Justice.“ Global Citizen. Letzter Zugang am 17. Februar 2022. <https://www.globalcitizen.org/en/content/global-citizen-live-impact-report/>.
97. „Race to Zero.“ Climate Champions, 10. Februar 2022. <https://racetozero.unfccc.int/>.
98. Ceres, Rep. Investor Guide to Greenhouse Gas Commitments.
99. Ceres, Rep. Investor Guide to Greenhouse Gas Commitments.
100. „ASAP+.“ IFAD. Letzter Zugang am 17. Februar 2022. <https://www.ifad.org/en/asap-enhanced>.
101. „Climate Justice Resilience Fund.“ Climate Justice Resilience Fund. Letzter Zugang am 17. Februar 2022. <https://www.cjrfund.org/>.
102. Conservation International, Rep. Irrecoverable Carbon: The Places We Must Protect to Avert Climate Catastrophe., 2021.
103. „Key Biodiversity Areas Data“, 2021. International Union for the Conservation of Nature.
104. „Concrete Needs to Lose Its Colossal Carbon Footprint.“ Nature News. Nature Publishing Group, 28. September 2021. <https://www.nature.com/articles/d41586-021-02612-5>.
105. Science-Based Target Initiative's Net-Zero Standard. Letzter Zugang am 20. Februar 2022, <https://sciencebasedtargets.org/net-zero>.
106. Ginette Azcona et al., Women and girls left behind: Glaring gaps in pandemic responses (New York: UN Women, 2021), <https://data.unwomen.org/sites/default/files/documents/Publications/glaring-gaps-response-RGA.pdf>.
107. Azcona et al., „Four facts.“
108. United Nations, Education during COVID-19 and beyond, August 2020, https://www.un.org/development/desa/dspd/wp-content/uploads/sites/22/2020/08/sg_policy_brief_covid-19_and_education_august_2020.pdf.
109. UN Women, „Intersectional feminism: what it means and why it matters now“, Medium, letzte Änderung am 1. Juli 2020, <https://un-women.medium.com/intersectional-feminism-what-it-means-and-why-it-matters-right-now-7743bfa16757>.

110. Peter Sheehan et al., Background Paper 3: The Economic Case for Investment in Adolescent Wellbeing, (Adolescents 2030: 2021), https://www.adolescents2030.org/media/791842/eng_03_adol-wbeing-bkg-ppr-3-economic-case_final.pdf.
111. Sheehan et al., Economic Case.
112. Sheehan et al., Economic Case.
113. Rt Hon Dominic Raab MP and Foreign, Commonwealth, & Development Office, Declaration on girls' education: recovering from COVID-19 and unlocking agenda 2030, G7 Foreign and Development Ministers' Meeting (London: Mai 2021), https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/983587/G7-a-declaration-on-girls-education-recovering-from-covid-19-and-unlocking-agenda-2030-london-may-2021.pdf.
114. „Most countries have achieved gender parity in primary enrolment, but in many countries, disparities disadvantaging girls persist“, UNICEF Data, letzte Änderung im Februar 2020, <https://data.unicef.org/topic/gender/gender-disparities-in-education/>.
115. Global Education Monitoring Report, Gender Report: A new generation: 25 years of efforts for gender equality in education, (Paris: UNESCO, 2020), <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000374514>.
116. Achila Imchen et al., Addressing the learning crisis: An urgent need to better finance education for the poorest children, (New York: UNICEF, 2020), <https://www.unicef.org/media/63896/file/Addressing-the-learning-crisis-advocacy-brief-2020.pdf>.
117. Rural Women and the Millenium Development Goals, (FAO et al., 2011), <https://www.un.org/womenwatch/feature/ruralwomen/documents/En-Rural-Women-MDGs-web.pdf>.
118. „Girl's education: Gender equality in education benefits every child“, UNICEF, letzter Zugang am 16. Februar 2022, <https://www.unicef.org/education/girls-education>.
119. Global Education, Gender Report.
120. UNICEF, „Learning losses from COVID-19 could cost this generation of students close to \$17 trillion in lifetime earnings“, Pressemitteilung, 6. Dezember 2021, <https://www.unicef.org/press-releases/learning-losses-covid-19-could-cost-generation-students-close-17-trillion-lifetime>.
121. UNICEF, „Learning losses.“
122. Homepage, Education Cannot Wait, letzter Zugang am 17. Februar 2022, <https://www.educationcannotwait.org/>.
123. Education Cannot Wait, Homepage.
124. Education Cannot Wait, Homepage.
125. Education Cannot Wait, Annual Results Report 2020, Juli 2021, <https://www.educationcannotwait.org/annual-report-2020/results-for-children/>.
126. Education Cannot Wait, ECW Gender Equality 2019-2021: Policy and Accountability Framework, (New York: UNICEF, Januar 2020), <https://www.educationcannotwait.org/wp-content/uploads/2020/01/ECW-Gender-Policy-and-Accountability-Framework.pdf>.
127. Education Cannot Wait, Annual Report.
128. Maximo Torero, „Food security brings economic growth - not the other way around“, International Food Policy Research Institute, letzte Änderung am 15. Oktober 2014, <https://www.ifpri.org/blog/food-security-brings-economic-growth-not-other-way-around>
129. „Why Invest in Nutrition?“, Why nutrition?, The Power of Nutrition, letzter Zugang am 17. Februar 2022, <https://www.powerofnutrition.org/why-nutrition/>.
130. „#WomenAreHungrier“, World Food Program USA, letzter Zugang am 17. Februar 2022 <https://www.wfpusa.org/drivers-of-hunger/gender-inequality/>.
131. World Food Programme, „WFP warns of countdown to catastrophe as acute hunger reaches new peak“, Pressemitteilung, 8. November 2021, <https://www.wfp.org/news/wfp-warns-countdown-catastrophe-acute-hunger-reaches-new-peak>.
132. Roger Yates, „Girls will be hit hardest if we don't prevent famine“, Plan International, Relief Web, Pressemitteilung, 28. Mai 2021, <https://reliefweb.int/report/world/girls-will-be-hit-hardest-if-we-don-t-prevent-famine>.

133. Homepage, United Nations Food Systems Summit, letzter Zugang am 20. Februar 2022, <https://www.un.org/en/food-systems-summit>.
134. Homepage, Nutrition for Growth, letzter Zugang am 20. Februar 2022, <https://nutritionforgrowth.org/>.
135. „Nearly 300 commitments highlights Summit's inclusive process to accelerate action“, Food Systems Summit 2021, United Nations, letzter Zugang 17. Februar 2022, <https://www.un.org/en/food-systems-summit/news/nearly-300-commitments-highlights-summit%E2%80%99s-inclusive-process>.
136. Tokyo Nutrition for Growth Summit 2021, „More than US\$27 billion committed to tackle global malnutrition and hunger crisis at the Tokyo Nutrition for Growth Summit“, Pressemitteilung, 8. Dezember 2021, <https://nutritionforgrowth.org/tokyo-n4g-summit-2021-press-release/>.
137. World Food Programme, State of School Feeding Worldwide 2020: Key Takeaways, 2020, <https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000124231/download/>.
138. World Food Programme, School Feeding Worldwide.
139. Donald A.P. Bundy et al., „Re-imagining School Feeding: A High-Return Investment in Human Capital and Local Economies“, Child and Adolescent Health and Development: Disease Control Priorities 8, (2018): Preface, http://dcp-3.org/sites/default/files/resources/CAHD_eBook.pdf.
140. Homepage, School Meals Coalition, letzter Zugang 20. Februar 2022, <https://schoolmealscoalition.org/>.
141. „About“ Page, School Meals Coalition, letzter Zugang 18. Februar 2022, <https://schoolmealscoalition.org/about/>.
142. UNFPA, „New UNFPA data reveals that nearly 12 million women lost access to contraception due to disruptions caused by the pandemic, leading to 1.4 million unplanned pregnancies“, Pressemitteilung, 11. März 2021, <https://www.unfpa.org/press/new-unfpa-data-reveals-nearly-12-million-women-lost-access-contraception-due-disruptions#:~:text=New%20York%2C%2011%20March%202021,19%20over%20the%20past%20year..>
143. Azcona et al., Glaring Gaps.
144. Masood Ahmed, „Access to Contraception is a Global Development Issue“, Center for Global Development, 7. März 2018, <https://www.cgdev.org/blog/access-contraception-global-development-issue>.
145. Ahmed, „Access“.
146. Ahmed, „Access“.
147. Homepage, UNFPA Supplies Partnership, letzter Zugang am 20. Februar 2022, <https://www.unfpa.org/unfpa-supplies-partnership>.
148. United Nations Population Fund, Costing the Three Transformative Results, (New York: Januar 2020), https://www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Transformative_results_journal_23-online.pdf.
149. Elizabeth A. Sully et al., Adding It Up: Investing in Sexual and Reproductive Health 2019, (Washington, DC: Guttmacher, Juli 2020), <https://www.guttmacher.org/report/adding-it-up-investing-in-sexual-reproductive-health-2019>.
150. Hans-Peter Kohler and Jere R. Behrman, Benefits and Costs of the Population and Demography Targets for the Post-2015 Development Agenda: Post-2015 Consensus, (Kopenhagen: Copenhagen Consensus Center: Oktober 2014), <https://www.copenhagenconsensus.com/publication/post-2015-consensus-population-and-demography-assessment-kohler-behrman>.
151. Kate Grantham et al., Evidence Review of the Global Childcare Crisis and the Road for post-COVID-19 Recovery and Resilience, (Ottawa: International Development Research Centre, 2021), https://docs.gatesfoundation.org/documents/evidence_review_of_the_global_childcare_crisis_and_the_road_ahead_for_covid-19_recovery_and_resilience_english.pdf.
152. World Bank, „Nearly 350 Million Children Lack Quality Childcare in the World“, Pressemitteilung, 4. März 2021, <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2021/03/04/nearly-350-million-children-lack-quality-childcare-in-the-world>.

153. Amanda E. Devercelli and Frances Beaton-Day, *Better Jobs and Brighter Futures: Investing in Childcare to Build Human Capital*, (Washington DC: World Bank, Dezember 2020), <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/35062/Better-Jobs-and-Brighter-Futures-Investing-in-Childcare-to-Build-Human-Capital.pdf?sequence=5>.
154. International Labour Office, *Care Work and Care Jobs for the Future of Decent Work*, (Genf: 2018), https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_633135.pdf.
155. International Labour Office, *Care Work*.
156. UNICEF, „Girls spend 160 million more hours than boys doing household chores everyday“, Pressemitteilung, 7. Oktober 2016, <https://www.unicef.org/press-releases/girls-spend-160-million-more-hours-boys-doing-household-chores-everyday>.
157. Azcona et al., *Glaring Gaps*.
158. Devercelli and Beaton-Day, *Better Jobs and Brighter Futures*.
159. Dominic Raab and Foreign Office, *Declaration*.
160. School Meals Coalition, „About“ Page.
161. Global Citizen „How Does Global Citizen Drive Impact: We Answer Your Questions“ (Global Citizen, Dezember 2021).
162. Frontline Defenders, „Global Analysis 2020“, (Frontline Defenders, 2020).
163. Rep. Front Line Defenders *Global Analysis 2021*. Frontline Defenders, 2021.
164. United Nations, „Report on the Killings of Human Rights Defenders“ A/HRC/46/35, (United Nations, Dezember 2020) 5, paragraph 15.
165. United Nations, „Declaration on the Right and Responsibility of Individuals Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms“, General Assembly Resolution A/RES/53/144 (United Nations, März 1999).
166. United Nations, „Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations' Protect, Respect and Remedy Framework“, Human Rights Council Resolution 17/4 (United Nations, Juni 2011).
167. Public Participation Project, letzter Zugang 18. Februar 2022, <https://anti-slapp.org/what-is-a-slapp/>.

**GLOBAL
CITIZEN®**

**Schließe dich an, um extreme
Armut zu beenden – JETZT.**

Mehr Informationen über Global Citizen auf
www.globalcitizen.org/2022

@gblctzn

@gblctznde

